

Neueste Nachrichten

Bugleich Gengenheimer, Obersteden-Dornholzhausener, Seulberger, Friedrichsdorf-Räpperner Neueste Nachrichten - Taunuspost

Bezugspreis: 1.50 Rmt. monatlich ausschließlich Trägerlohn. Erscheint wöchentlich. — Bei Ausfall der Lieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge von höherer Gewalt, Streit etc. kein Anspruch auf Entschädigung. Für unverlangt eingesandte Zuschriften übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. — Einzelnummern: 10 Pfg.

2707 - Fernsprech-Anschluß - 2707

Kreisanzeiger für den Obertaunuskreis

Bad Somburger Tageszeitung und Anzeiger
Bad Somburger Lokal- und Fremden-Blatt

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Bad Homburg, Dorotheenstraße 24

Anzeigenpreis: Die einseitige 30 mm breite Nonpareilzeile kostet 20 Pfg. Lokale Gelegenheitsanzeigen nach besonderem Tarif. — Die 36 mm breite Nonpareilzeile - Restzeile kostet 1.—, zwischen Text 1.50 Rmt. — Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen nach Möglichkeit aber ohne Gewähr. — Offertgebühr 50 Pfg.

Postfachkonto 298 64 Frankfurt-M.

Nummer 221

Dienslag, den 20. September 1932

7. Jahrgang

Der englische Umfall.

Deutschland antwortet nicht und bleibt der Abrüstungskonferenz fern.

Berlin, 18. September.

Die englische Denkschrift zur Abrüstungsfrage hat in politischen Kreisen Berlins aufs schwerste enttäuscht. Denn angesichts der Äußerungen der englischen Öffentlichkeit der letzten Tage, aus denen man mehr einen vermittelnden Ton hätte erwarten können und eine Haltung, die mehr positiv dem deutschen Standpunkt zuneigen würde, stellt sie eine starke Schwenkung der britischen Politik dar. Welche Gründe für diesen Umfall Englands maßgebend gewesen sind, entzieht sich selbstverständlich den amtlichen Berliner Stellen und es dürfte auch schwer sein zu sagen, ob die Schwenkung auf die angeblichen Geheimdokumente, von denen Herriot bemerkte, daß er sie der englischen Regierung zur Verfügung gestellt habe, zurückzuführen ist. Bei diesen angeblichen Geheimdokumenten des französischen Ministerpräsidenten handelt es sich übrigens um alte Baden-Hüter Tardieu's, so daß Deutschland den neuen französischen „Enthüllungen“ mit aller Ruhe entgegensetzen kann.

Das politische Ziel der englischen Denkschrift ist, die Abrüstungskonferenz unter allen Umständen zu retten und dadurch positiv zu gestalten, daß man Deutschland zum Wiedereintritt in die Verhandlungen zu bewegen hofft. Im ersten Teil kommt die Denkschrift dem französischen Standpunkt weitest entgegen, während sie im zweiten Teil die Notwendigkeit der Gleichberechtigung anerkennt unter der Voraussetzung, daß keine Aufrüstung erfolge. Leider läßt die Denkschrift aber die Angaben vermissen, in welcher Weise diesem Standpunkt Rechnung getragen werden soll.

Deutschland hat seinerzeit in seiner Denkschrift zur Gleichberechtigungsfrage hervorgehoben, daß eine Lösung nur in Frage kommen kann, in der keinerlei Sonderbestimmungen mehr Geltung haben. Angesichts der Tatsache, daß der deutsche Standpunkt in dem kürzlich erfolgten Schreiben an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, niedergelegt worden ist, an dem sich auch durch die englische Denkschrift nichts ändert, wird die deutsche Regierung hierauf keine Antwort erteilen.

Deutschland wird — wie es angekündigt hat — die Verhandlungen des Büros der Abrüstungskonferenz mit Aufmerksamkeit verfolgen und von dem weiteren Gange dieser Verhandlungen keine Entschlüsse abhängig machen.

Den im ersten Teil der Note enthaltenen Hinweis, daß der deutsche Schritt in der Abrüstungsfrage angesichts der wirtschaftlichen Weltlage „unzeitgemäß“ sei, kann man nur als eigenartig bezeichnen.

Ganz abgesehen davon, daß diese Feststellung im völligen Widerspruch zu Ziffer 8 der englischen Note steht, die die Frage der Gleichberechtigung als eine Frage der Ehre und Würde einer Nation bezeichnet, ergibt sich aus den verschiedensten Äußerungen und Berichten der Wirtschaftsführer der letzten Zeit, daß die Frage der Gleichberechtigung die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Gesundung ist. Die englische Note gibt selbst zu, daß Deutschland gar nicht anders handeln konnte und die Frage der Gleichberechtigung sehr nicht müßig vom Zaun gelassen hat.

Es kann im übrigen nur immer wieder betont werden, daß Deutschland seinen Standpunkt in der Abrüstungskonferenz schon seit Jahren klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht hat, und daß es jetzt notwendig ist, diese Frage endlich zur Entscheidung zu bringen. Wenn England schließlich versucht, unter Bezugnahme auf Teil 5 des Versailler Vertrages einen Unterschied zwischen Zweck und Ziel einer vertraglichen Abmachung zu konstruieren, so kann dies nur als eine spitzfindige Auslegung der Präambel des Teiles 5 des Versailler Vertrages bezeichnet werden.

Der geschäftige Herriot.

Sabotage-Vorbereitungen für Genf.

Paris, 19. September.

Wie an zuständigen Stellen mitgeteilt wird, beabsichtigt Ministerpräsident Herriot unter allen Umständen am 21. September an der Bürositzung der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Der Zweck dieser Teilnahme besteht darin, zu erreichen, daß die Arbeiten der Konferenz auch dann in der bisherigen Weise durchgeführt werden, wenn Deutschland an ihnen

auch nicht mehr teilnehmen sollte. Herriot beabsichtigt fernerhin in der Vollversammlung des Völkerbundes auch die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands zur Debatte zu stellen und hierbei insbesondere darauf hinzuweisen, daß die Großmächte nicht berechtigt seien, diese Frage allein unter sich zu behandeln, da diese auch die kleinen Mächte betrafen.

Damit gibt die französische Diplomatie zu erkennen, daß sie die Absicht hat, den Völkerbund und nur diesen allein in die Behandlung der Gleichberechtigungsfrage einzuschalten, um dadurch seinen Trabanten die Möglichkeit zu geben, die französische These zu unterstützen. Darin ist gleichzeitig der Versuch zu sehen, die deutsche Forderung im Rahmen des Völkerbundes zu sabotieren und schließlich endgültig abzulehnen.

Auch Amerika?

Ein Schreiben Herriots an Senator Borah

Paris, 19. September.

Der französische Ministerpräsident Herriot hat ein herzlich gehaltenes Schreiben an den Senator Borah gerichtet, um Amerikas Unterstützung für den französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage zu gewinnen.

Herriot führte in dem Schreiben aus, daß Frankreich hinter Hoovers Abrüstungsplan stehe und auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in Genf hoffe. Man vermute, daß Herriot unter der Hand eine Art Unterstützungszusage von Amerika erhalten habe, die es gestatte, die deutsche Gleichberechtigungs-forderung zu sabotieren.

Hendersons Antwort.

Hoffnung auf einen deutschen Gesinnungswechsel.

Genf, 20. September.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat die ausführlich begründete Mitteilung des deutschen Reichsaussenministers vom 14. September dieses Jahres, daß die deutsche Regierung an der Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz am 21. September nicht teilnehmen werde, mit einem längeren Schreiben beantwortet, das soeben veröffentlicht worden ist.

Henderson erklärt zunächst, daß er den Beschluß der deutschen Regierung bedauere und geht dann ausführlich auf Einzelheiten der Entschliebung der Generalkommission der Abrüstungskonferenz vom 23. Juli ein, um seine Auffassung zu rechtfertigen, daß hinsichtlich des Umfangs der künftigen allgemeinen Abrüstung durch diese Resolution noch keine endgültige Vorentscheidung getroffen sei.

Als Präsident der Abrüstungskonferenz stehe es ihm nicht zu, in eine Diskussion über das Abrüstungsregime des Versailler Vertrages einzutreten. Da er aber nicht glaube, daß Form oder Maß der Abrüstung, die aus der künftigen Abrüstungskonvention hervorgehen würde, schon festgelegt seien, habe er sich verpflichtet, seine Bedenken auszusprechen hinsichtlich der Interpretation, die die deutsche Regierung der Tragweite dieser Resolution gebe.

Henderson erinnerte sodann noch an seine Rede vor der Generalkommission am 23. Juli, um seine Überzeugung zu wiederholen, daß die Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu einer wesentlichen Herabsetzung der Weltrüstungen führen werden.

Zum Schluß erklärt der Präsident der Abrüstungskonferenz, er hoffe aufrichtig, daß die deutsche Regierung nach einer Prüfung seiner Antwort sobald wie möglich wieder an den Arbeiten des Büros der Abrüstungskonferenz teilnehmen kann, umso mehr, als durch eine längere Abwesenheit Deutschlands von den Beratungen die Sache der Abrüstung schwer gefährdet werden könne.

Überraschung in England.

Ueber die ablehnende Aufnahme der Antwort.

London, 20. September.

Nach Äußerungen der politischen Kreise in London sollte die englische Erklärung an Deutschland zur Gleichberechtigungsfrage die öffentliche Meinung in Deutschland psychologisch beeinflussen.

Man erwartete, daß sich Deutschland, insbesondere die Volkstimmung, eher geneigt zeigen würde, für einen weiteren Besuch der Abrüstungskonferenz einzustehen. Die gleiche Hoffnung hatte auch Herriot, wie er sich zu Pressevertretern in Paris äußerte. Man ist daher in London recht überrascht, daß die starke Kritik an dem deutschen Vorgehen in Deutschland gerade das Gegenteil des gewünschten Ergebnisses hervorrief und steht in der Form der Erklärung einen schweren psychologischen Mißgriff.

Man versucht die deutsche Öffentlichkeit auf den letzten Teil der englischen Erklärung hinzuweisen, der im Grunde die deutsche Gleichberechtigung bereits anerkennt, jedoch eine praktische Mitarbeit Deutschlands an der Konferenz für unbedingt notwendig erklärt. Die englische Entgegnung enthalte bereits zahlreiche für Deutschland sehr wichtige Zugeständnisse.

Gemeindeneuwahlen in Preußen?

Zusammen mit den Reichstagswahlen.

Berlin, 18. September.

Der Gemeindevorstand des preussischen Landtages hat am Montag einen nationalsozialistischen Antrag mit den Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten angenommen, wonach die Vertretungen der preussischen Gemeinden und Gemeindeverbände am 6. November, also zusammen mit den Reichstagswahlen, neu gewählt werden sollen. Wahlberechtigt sollen alle 20 Jahre alten Gemeindeangehörigen, die ab 1. November in der Gemeinde wohnen, sein.

Der Antrag wird am Mittwoch das Landtagsplenum beschäftigen und voraussichtlich auch dort angenommen werden. Es bleibt abzuwarten, ob der Staatsrat Einspruch gegen den Beschluß einlegt. In diesem Falle würde der Beschluß durch eine Zweidrittelmehrheit des Landtages bestätigt werden müssen. Auch dann ist die Durchführung des Beschlusses noch fraglich, da die kommissarische preussische Regierung die Auffassung vertritt, daß sie an keinen Landtagsbeschluß gebunden ist.

Politische Empfänge.

Besprechungen über die Neuwahlen.

Berlin, 19. September.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Montag nachmittag den Reichszkanzler von Papen zum Vortrag und anschließend im Beisein des Kanzlers den Präsidenten des preussischen Landtages, Herriot, der Herrn von Hindenburg an Hand einer gleichzeitig überreichten Aufzeichnung die Auffassung des preussischen Landtages über die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen und des von diesem bisher geübten Verfahrens darlegte.

Reichszkanzler von Papen hatte ferner eine lange Aussprache mit dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held. Die Aussprache drehte sich, entgegen den ursprünglichen Annahmen, jedoch nicht um die Fragen der Reichsreform, als vielmehr um die aktuellen Dinge, die mit den Wahlen in Zusammenhang stehen. In den Abendstunden trat dann das Kabinett zu einer längeren Sitzung zusammen, in der es sich mit den Fragen der Kontingentierung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte und der Zinsherabsetzung beschäftigte.

Ein „Staatsnotzustand“?

Der „Völkische Beobachter“ zur Neuwahl.

München, 19. September.

Der „Völkische Beobachter“ beschäftigt sich im Zusammenhang mit der Festlegung des Termins für die Neuwahlen in einem aus Berlin datierten Artikel mit der durch die Neuwahl geschaffenen Lage und schreibt u. a., die Reichsregierung glaube schon ihr Ziel erreicht zu haben, wenn es ihr gelinge, die derzeitige Mehrheit von NSDAP und Zentrum mit Hilfe der Neuwahlen zu brechen.

Wenn dann die beiden Parteien 24 Sitze verlieren würden, würde jede arbeitsfähige Mehrheitsbildung verhindert und der Reichstag in einen arbeitsunfähigen Zustand verlegt werden. Im Hintergrund erdelt man ein

„Staatsnotzustand“, durch den die Regierung freie Bahn für ihre Pläne erhoffte.

Der Reichstag sei infolgedessen nicht wegen seiner Arbeitsunfähigkeit, sondern wegen seiner Arbeitsfähigkeit aufgelöst worden. Diese Rechnung der Regierung habe jedoch ein großes Loch, nämlich das, daß die 24 Sitze, die Zentrum und NSDAP verlieren müßten, einer Regierungspartei zufallen müßten. Es sei jedoch nicht anzunehmen, daß die Deutschnationalen einen solchen Stimmenzuwachs erreichen könnten, weshalb auch nach den Wahlen keine Besserung für die Regierung Papen zu erwarten sei.

Ein „Deutscher Nationalverein“.

Für Sammlung der „politisch Heimatlosen“.

Berlin, 18. September.

Auf einem von etwa 100 geladenen Teilnehmern aus allen Berufskreisen von allen Teilen des Reiches besuchten Vortragsabend wurde in den Kroll-Sälen die Gründung des „Deutschen Nationalverein“ beschlossen. Der vorläufige Vereinsvorstand besteht aus Oberregierungsrat Dr. Wilbermuth-Berlin als Vorsitzenden, Graf zu Dohna-Bonn und Rechtsanwalt Jiebill-Königsberg i. Pr. als stellvertretende Vorsitzende.

Die Gründungsversammlung hat einstimmig einen Aufruf erlassen, in dem sich der Deutsche Nationalverein an alle Deutschen wendet, die sich heute politisch heimatlos fühlen und in dem u. a. ausgeführt wird:

Wir wollen die verfassungsmäßigen Rechtsgrundlagen wieder schaffen, die Selbstverantwortung und Mitverantwortung ermöglichen. Wir wollen durch Anpassung des Weimarer Verfassungswerkes an die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes zur Verfassungsehrlichkeit zurück. Wir wollen, daß Deutschland frei sei. Deutschland hat ein heiliges Recht auf die Lösung der aufgezogenen Verträge. Wir wollen, daß wieder die Achtung vor der ehrlichen Meinung, vor der religiösen Überzeugung in Deutschland selbstverständlich sei und daß die christlichen Grundlagen unserer Kultur erhalten bleiben. Wir wollen, daß die soziale Gesetzgebung in den Grundlagen des Versicherungs- und Arbeitsrechtes erhalten bleibt. Wir wollen eine Bauernsiedlung nach nationalen Gesichtspunkten. Wir wollen den Ausgleich der Standesinteressen in Handel- und Agrarpolitik und lehnen die Autarkie ab.

Der Deutsche Nationalverein fordert alle auf, die mit ihm einig sind, sich anzuschließen.

Wirtschaftsprogramm und Neuwahlen.

Stegerwald auf dem Christlichen Gewerkschaftskongress. Düsseldorf, 20. September.

Der frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald hielt am Montag auf dem 13. christlichen Gewerkschaftskongress eine bedeutende Rede, in der er u. a. ausführte, daß wir verfassungspolitisch zu einem Ausgleich kommen müßten. Dieser Ausgleich dürfe weder in der Parlamentsdiktatur, noch in einer Regierungs- oder Bürokratie bestehen.

Der Herr Reichsarbeitsminister Schäfer habe ihm vor seiner Abreise gesagt, wenn das deutsche Volk in den nächsten Monaten nicht zusammenstehe und wenn die Karte des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung nicht stehe, würden wir in eine unglückliche Lage hineingeraten. Er stehe mit dem Reichswirtschaftsminister auf dem gleichen Standpunkt. Er lehne es aber auch ausdrücklich ab, das ganze Wirtschaftsprogramm in Grund und Boden zu verurteilen, doch müsse man sich darüber klar sein, daß die politischen Auswirkungsmöglichkeiten des Programms auf der einen und die Reichstagsauflösung mit unvermeidbar scharfen Wahlkämpfen auf der anderen Seite, zwei Begriffe seien, die sich nicht miteinander vereinen ließen.

Es wäre deshalb rathsam, wenn während des Wahlkampfes eine objektivere Regierung amtierte, wodurch dem Wahlkampf die ärgsten Spitzen abgebrochen würden. Dies sei auch deshalb notwendig, weil dieselben Kräfte, die sich gegen die Regierung von Papen richteten, nicht auch in Opposition gegen den Reichspräsidenten gebracht werden dürften.

Das preussische Problem.

Kerrls Besuch beim Reichspräsidenten.

Berlin, 20. September.

Ueber den Besuch des Landtagspräsidenten Kerrl beim Reichspräsidenten im Beisein des Reichskanzlers von Papen und Staatssekretär Dr. Meißner, der über eine halbe Stunde dauerte, berichtet der preussische Pressedienst der NSDAP u. a.:

Der Landtagspräsident habe seinen Protest gegen das von der kommissarischen preussischen Regierung bisher geübte Verfahren zum Ausdruck gebracht. Die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung sei an der bekannten Aenderung der Landtagsgeschäftsordnung gescheitert. Da aber keine Mehrheit zur Wiederherstellung der alten Geschäftsordnung vorhanden gewesen sei, habe er als Landtagspräsident den Reichskanzler gebeten, dem Reichspräsidenten den Erlaß einer Notverordnung vorzuschlagen, laut welcher diese verfassungswidrige Bestimmung außer Kraft gesetzt werde.

Ferner wies der Landtagspräsident darauf hin, daß nach Einsetzung des Reichskommissars seine Bemühungen um die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen insbesondere dadurch erschwert worden seien, daß über die Absichten der Reichsregierung hinsichtlich Preußens zu wenig Klarheit gehehrt habe. Nach den Zeitungsmeldungen mußte er annehmen, daß die Reichsregierung und auch der Reichspräsident besonderes Gewicht darauf legen, eine Reichsreform durchzuführen, durch welche der Dualismus beseitigt und die Personalunion Preußen-Reich durchgeführt werden soll. Eine verfassungsändernde Mehrheit, die an sich erforderlich sei, wäre im Landtag wohl kaum zu finden. Wohl aber könne sich im Einverständnis mit der Mehrheit der Vertretung des preussischen Volkes, im Landtage ein gangbarer Weg dadurch ergeben, daß ein vom preussischen Landtag gewählter Ministerpräsident vom Reichskanzler ernannt wird.

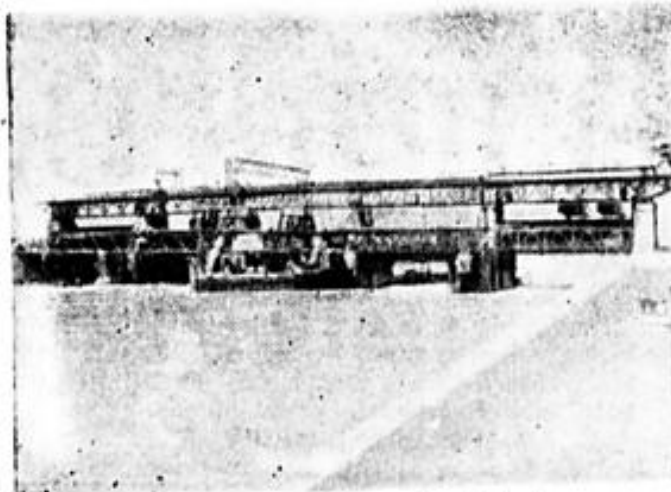
Der Präsident betonte ferner, daß es verfehlt wäre, etwa in Erwägung zu ziehen, durch eine Neuwahl in Preußen ein so grundlegend verändertes Verhältnis in der Zusammensetzung des Landtages zu erzielen, was notwendig

wäre, um den Reichskanzler von Papen zum Ministerpräsidenten zu wählen. Nach dem Vortrag des Landtagspräsidenten fand eine Aussprache statt, an der sich der Reichspräsident sowohl wie auch der Reichskanzler lebhaft beteiligten.

Entschliebung der christlichen Gewerkschaften.

Nach der Rede Dr. Stegerwalds nahm der Kongress einstimmig eine Entschliebung an, in der es nach einer scharfen Kritik an der Regierung Papen heißt:

Die Christlichen Gewerkschaften warnen vor jedem Spiel mit verhüllter oder offener Diktatur. Sie widersetzen sich auf das entschiedenste allen Maßnahmen, die eine noch weitere Radikalisierung der deutschen Arbeiterschaft unfehlbar nach sich ziehen müssen. Nur in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Volk und Regierung können die großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aufgaben für Staat und Nation gelöst werden. Nur eine solche Zusammenarbeit schafft ein einiges, freies und starkes Deutschland, das sich stark und frei auch im Kreise der Weltvölker durchsetzt. Der Düsseldorfer Kongress der Christlichen Gewerkschaften ist von der Überzeugung durchdrungen, daß er sich in diesen geschichtlichen Tagen zum Sprecher und Anwalt für viele Millionen staatsstreuer Deutscher macht. Seine Stimme verlangt Gehör für Deutschland und seine Freiheit.



Das Stauwerk Rembs vor der Vollendung.

Die Arbeiten beim Behrbau des Stauwerks Rembs (Oberrhein) sind so weit fortgeschritten, daß mit dem Teilstau bereits begonnen werden konnte und der Kraftwerks- und Schiffahrtskanal bereits unter Wasser gesetzt wurden. Der Behrbau wird durch eine Arbeitsgemeinschaft der Firma Dinterhoff u. Widmann A.-G. und der Siemens-Bauunion G. m. b. H. ausgeführt. Unser Bild zeigt einen Blick auf das Stauwerk Rembs in seinem jetzigen Bauzustand.

Für christlichen Staat und Kultur.

Reichsinnenminister von Geyl auf der 100-Jahrfeier des Gustav-Adolf-Vereins.

Leipzig, 20. September.

In der ersten Hauptversammlung der 100-Jahrfeier des Gustav-Adolf-Vereins sprach am Montag Reichsinnenminister Freiherr von Geyl, der dem Verein zunächst die Grüße der Reichsregierung überbrachte und ihn zu seinem Jubeltag herzlichst Glück wünschte. Diese 100 Jahre seien schon allein der beste Beweis für die Lebendigkeit der Gedanken des Vereins und für die Notwendigkeit seines Wirkens.

Mit ihm als dem für die geistigen Güter und die seelischen Kräfte unseres Volkes in erster Linie verantwortlichen Reichsminister bekenne sich auch die aus Männern beider Bekenntnisse bestehende Reichsregierung bewußt und offen zum christlichen Staat.

Unsere Reichsregierung kenne nur den Staat schlechthin und überlasse es ihm sein Verhältnis zu den Kirchen und Bekenntnissen zu regeln. Diese Tatsache aber entbinde eine ihrer Verantwortung und Pflicht bewußte Regierung nicht von der zwingenden Notwendigkeit, den Staat als christlich aufzufassen und die Staatsführung in christlichem Sinne zu handhaben. Alles Verantwortungsgefühl wurzelt letzten Endes im Uebernatürlichen, d. h. für uns: in Gott.

Deshalb ist eine erfolgreiche und wirksame Staatsordnung nur auf religiöser Grundlage denkbar. In Verwirklichung dieses Gedankens muß die Staatsführung religiös, d. h. für uns Deutsche: christlich sein. Das gilt vornehmlich für das weite Gebiet unseres kulturellen Lebens. Deutsche und christliche Einstellung stehen, richtig verstanden und gedeutet, niemals in Widerspruch miteinander. In diesem Sinne zu arbeiten ist eine besonders dringliche Aufgabe der Regierung. Ich spreche es offen als meine Überzeugung aus, daß es eine neue Zeit heraufsteht, der ein bescheidener Wegbereiter zu sein unsere Pflicht in der Gegenwart ist, und diese Zeit wird religiös sein.

Wir, Kinder eines Staates, gleichviel ob evangelischen oder katholischen Bekenntnisses, haben die Wurzeln im Glauben an den Erlöser und in tiefer gemeinsamer Liebe zu Heimat, Vaterland und Volk. Es sollte daher bald der Tag kommen, an dem wir uns zusammenfinden zu gemeinsamer Arbeit für einen und in einem deutschen christlichen Staat, und für unser gesamtes deutsches Volkstum innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches.

Die Rede des Ministers wurde mit stürmischem, sich immer wiederholenden Beifall aufgenommen. Anschließend wurde das Deutschlandlied gesungen.

Eine Million Groschen.

Bei der Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins gab Generalsuperintendent D. Blau das Ergebnis der vor mehr als drei Jahren aufgenommenen Jubiläumssammlung „Eine Million Groschen“ bekannt. Das Ziel der Sammlung ist nicht nur erreicht, sondern weit überschritten worden. Insgesamt sind 1.162.684,35 Mark eingebracht. Ueber das Jubiläumsliebeswerk, das von dieser Sammlung bestritten werden soll, wird die zweite öffentliche Hauptversammlung beschließen.

Regierung und Untersuchungsausschuß

Vernehmung der Kabinettsmitglieder in ihren Amtsräumen?

Berlin, 18. September.

Die Tagesordnung des für Donnerstag einberufenen Untersuchungsausschusses über die Vorgänge in der Reichstagsführung vom 12. September sieht den sofortigen Eintritt in die Zeugenvernehmung vor. Einzelne Zeugen werden auf der Tagesordnung nicht benannt, da namentlich das Erscheinen der geladenen Regierungsvertreter, des Reichskanzlers, des Reichsinnenministers und des Staatssekretärs in der Reichskanzlei noch nicht feststeht.

In dieser Frage werden zwischen den beteiligten Parteien noch immer Verhandlungen geführt, von deren Ergebnis die Entscheidung der Regierung abhängig sein dürfte. Falls die Regierungsmitglieder zu einer Aussage bereit sein sollten, so würde ihre Vernehmung voraussichtlich in ihren Amtsräumen erfolgen.

Unabhängig davon wird aber der Untersuchungsausschuß auf jeden Fall am Donnerstag mit den Zeugenvernehmungen beginnen, da ja neben den Regierungsvertretern noch eine ganze Anzahl von Zeugen geladen ist. Es handelt sich hier namentlich um den Reichstagspräsidenten Brüning, die Reichstagschefschröfer und die Reichstagsstenographen, die die Vorgänge beobachtet haben.

Kampf gegen die Not.

Aufgaben der Winterhilfe.

Berlin, 19. September.

Ueber den Einfluß der privaten Wohlfahrtspflege in dem zu erwartenden schweren Winter 1932/33 fand eine Pressebesprechung statt, in der Staatssekretär Grieser und der Generalsekretär der Deutschen Liga für freie Wohlfahrtspflege über die Aufgaben der Winterhilfe sprachen. Staatssekretär Grieser führte u. a. aus: Auch für den Uebergang von 1932 auf 1933 ist ein Winter der Not zu befürchten. Ende August war die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen um eine Million höher als um die gleiche Zeit des Vorjahres. Der Unterschied erzeugt Besorgnis. Glückt der Wirtschaftsplan der Reichsregierung, dann ist mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit und mit der Vermehrung von Arbeitsmöglichkeiten zu rechnen.

Mit einer solchen Schicksalswende ist aber auch noch nicht die Massenarmut beseitigt, unter der die Gegenwart so schwer leidet. Millionen von Arbeitslosen werden noch einmal den Strapazen eines Winterfeldzuges ausgesetzt sein, mit ihnen Millionen von Frauen und Kindern.

Das Wort „Winterhilfe“ schließt die vertrauensvolle Erwartung in sich, daß dem Winter der Not ein Winter der Hilfe gegenübersteht. Die deutsche Liga für freie Wohlfahrtspflege werde, wie im letzten Herbst so auch jetzt, zur Winterhilfe aufrufen. Der Reichspräsident und der Reichskanzler werden den Aufruf durch ein bedeutendes Begleitwort unterstützen.

Das Reichsbankgesetz geändert.

Berlin, 20. September.

Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die die Bestimmung des Paragraphen 29 des Reichsbankgesetzes auf die Dauer von zwei Jahren außer Kraft gesetzt wurde. Dadurch hat nunmehr die Reichsbank vollkommen freie Verfügung über ihre Diskontpolitik erhalten.

Verzicht der BIZ. auf ihr Einspruchsrecht.

Basel, 19. September.

Am Sihe der BIZ. fand eine Sitzung des Verwaltungsrates der Bank statt, um zu dem deutschen Antrag auf Aufhebung des Paragraphen 29 Absatz 3 des Reichsbankgesetzes Stellung zu nehmen, der vorschreibt, daß eine Diskontsenkung der Reichsbank unter fünf Prozent nicht erfolgen darf, solange sich die Geldbedeckung der Reichsbank unter 40 Prozent bewegt. Da am Sonntag schon eine Art Vorbesprechung über diesen Punkt vorausgegangen war, in der eine weitgehende Klärung stattgefunden hatte, verzichtete der Verwaltungsrat auf das ihm gesetzlich zustehende Einspruchsrecht und nahm die von der Reichsbank vorgeschlagene Aenderung einstimmig an.

Der Verwaltungsrat hat auch von der am 5. dieses Monats erfolgten Verlängerung des Anteiles der BIZ. an den der Reichsbank gewährten Kredit für drei Monate, nachdem die anderen drei beteiligten Banken ebenfalls eingewilligt hatten, ihren Anteil zu verlängern, Kenntnis genommen.

Auch von den Vorbereitungen, die die währungs- und volkswirtschaftliche Abteilung der Bank im Hinblick auf die Weltkonferenz durch Fertigstellung von entsprechenden Zeichnungen, die sich mit kreditpolitischen Problemen befassen, getroffen hat, wurde Kenntnis genommen. — Die nächste Verwaltungsratsitzung der BIZ. findet am 10. Oktober statt.

Mit dem Wegfall des Einspruchsrechtes der BIZ. ist nunmehr der Weg für die deutsche Diskontsenkung freigelegt. Diese wird jetzt in den nächsten Tagen von der Reichsbank beschlossen werden und gleichzeitig wird sich auch das Reichskabinett mit der Zinsenfrage im allgemeinen befassen. Wie hierzu an amtlichen Stellen betont wird, denkt man nach wie vor nicht daran, eine allgemeine Zinsenkung vorzunehmen. Eine entsprechende Mitteilung ist für Dienstag zu erwarten.

Herabsetzung des Privatsdiskontes auf 4 Prozent.

Berlin, 19. Sept. Der Privatsdiskont wurde am Montag um ein halbes Prozent von 4,5 auf 4 Prozent im Mittel erniedrigt.

Udet nicht verschollen.

Berlin, 19. Sept. Nach einer Meldung aus Godhaven ist der Flieger Udet, nachdem er vier Tage lang verschollen war, im Lager Dr. Jands gesichtet worden. Ein seit mehreren Tagen wütender Sturm verhinberte jedoch die Landung in der Nähe des Expeditionsalters. Udet habe mit seinem Flugzeug in geringer Höhe über dem Lager mehrere Schleißen gezogen und durch Winken von seinem Wohlergehen Kenntnis gegeben. Er sei dann weitergefliegen, um in erheblicher Entfernung vom Lager einen von ihm schon häufig benutzten Landeplatz aufzusuchen.

Nuß Bad Somburg und Umgebung

Nur noch Weekend-Betrieb im Kurhaus?

In unserer letzten Freilichtausgabe wurde bereits darauf hingewiesen, daß eventuell die Abfuhr des Kurhauses in den kommenden Wintermonaten zu schließen. Der Ausschussrat der Kur-AG., der morgen zu einer Sitzung zusammentritt, wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach mit dieser Frage befassen. Und es war für uns nicht uninteressant, von einer dem Ausschussrat nahestehenden Persönlichkeit zu erfahren, daß diese für das Somburger Kurhaus maßgebende Ansicht dem Gedanken nicht unsympathisch gegenübersteht, im Kurhaus während der Wintermonate aus Sparmaßregeln heraus die wichtigste Wirtschaftsprüfung unserer Stadt ist. Im übrigen muß man sich darüber im klaren sein, wie unheilvoll eine vorübergehende teilweiser Schließung des Kurhauses auf die kommende Saison wirken muß. Denn ein Wirtschaftsbetrieb, der sich ein „Interregnum“ leistet, wie es der Ausschussrat der Kur-AG. vorhat, muß nach den wirtschaftlichen Gesetzen daran zugrunde gehen. Der Ausschussrat der Kur-AG. muß sich weiterhin — und das scheint ganz vergessen zu werden — seiner Verpflichtung gegenüber den Kurhausabonnenten bewußt bleiben. Es ist unmöglich, daß, nachdem das Abonnement infolge der stark verkürzten Spielzeit des Kurorchesters in der Hauptsaison schon nicht voll ausgenutzt werden konnte, der Freund des Kurhauses auch auf den Winterbetrieb so ziemlich verzichten soll. Wenn die Kur-AG. sich aus zwingenden Gründen schon veranlaßt sieht, in ihrem Betrieb radikale Einsparungen vorzunehmen, dann muß und wird es hierfür andere Mittel geben, als sie in dem obllig inakzeptablen „Wochenendvorschlag“ zu erblicken sind. Vielleicht ist es technisch durchführbar, daß täglich nur der Vespertag mit dem angrenzenden kleinen Spielzimmer geöffnet wird? Propagandistisch kommt es immer nur darauf an, daß man außerhalb Somburgs weiß, daß unser Kurhaus auch im Winter täglich geöffnet ist. Ob der Betrieb sich dann nur in zwei Kurhausräumen abwickelt, ist u. E. weniger wichtig. In Anbetracht dessen, daß im Oktober bereits die beiden hiesigen Sozialversicherungsanstalten ihren Winterschlaf anreten, wäre es geradezu katastrophal für Somburg, wenn der Kurhausbetrieb in dieser Zeit auch so lahmgelegt werden sollte. Und so geht unser Wunsch dahin, der Ausschussrat möge morgen in Sachen Kurhaus-Winterbetrieb zu einem Resultat kommen, mit dem die Somburger Einwohnerschaft einigermaßen zufrieden sein kann.

Die Durchführung der Bürgersteuer 1932

Die Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer 1932 ist nunmehr erschienen. Die Bestimmungen gehen zurück auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932.

Bei Bürgersteuer 1932 wird von den Gemeinden erhoben, die die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 erhoben haben,

1. wenn bis zum 30. September 1932 die Erhebung dieser Steuer von der Gemeinde rechtswirksam beschlossen ist, oder
2. wenn bis zum 30. September 1932 auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 eine Bestimmung der Landesregierung verkündet ist, nach der die Bürgersteuer 1932 von allen Gemeinden des Landes, die die Bürgersteuer 1931 erhoben haben, erhoben wird.

Die Steuerhöhe

wird wie folgt festgelegt:

Der Gesamtbetrag der Bürgersteuer 1932 ist aus dem Gesamtbetrag der Bürgersteuer 1931 nach Maßgabe der Nr. 1 zu berechnen:

1. Der Zuschlag von 50 v. H., der bisher von Verheirateten für die Ehefrau erhoben wurde, bleibt außer Satz;
2. Von dem Betrage der Bürgersteuer 1931 (ohne Ehefrau-zuschlag, Nr. 1) ist für die Bürgersteuer 1932 die Hälfte anzusetzen, da für die Bürgersteuer 1932, die in den drei Monaten Oktober bis Dezember 1932 erhoben wird, nur die Hälfte des Steuerjahres gilt, mit dem die Bürgersteuer 1931 in den 6 Monaten Januar bis Juni 1932 erhoben worden ist;
3. Der sich aus Nr. 1, 2 ergebende Steuerbetrag wird um 25 v. H. gekürzt, d. h., nur in Höhe von drei Viertel erhoben;
4. Aus Nr. 1 bis 3 ergibt sich, daß die Bürgersteuer 1932 insgesamt in Höhe von drei Viertel des für das Rechnungsjahr 1931 ohne Ehefrau-zuschlag angeforderten Steuerbetrages erhoben wird.

Beispiel:

In einem Falle z. B., in dem die Bürgersteuer 1931 bei einem Steuerfalle von 300 v. H. 6 Mark mal 3 ist, 18 Mark, für einen Ledigen und 27 Mark für einen Verheirateten betrug, beläuft sich somit die Bürgersteuer 1932 auf drei Viertel von 18 Mark gleich 6,75 Mark und zwar in gleicher Weise für einen Verheirateten wie für einen Ledigen.

Bezüglich der Befreiung ist bestimmt, daß hinsichtlich der Frage, ob die Anwendung der allgemeinen Befreiung von 500 Mark oder für Einkommensteuerfreie die Ermäßigung des Landesbetrages wegen Vermögensbefreiung ausgeschlossen ist, nicht mehr die Einheitswerte vom 1. 1. 1928, sondern die Einheitswerte vom 1. Januar 1931 maßgebend sind.

Fällig wird die Bürgersteuer 1932 in gleichen Teilbeträgen und zwar soweit sie durch Einhalten eines Lohn- teils erhoben wird, ohne Rücksicht auf ihre Höhe bei Arbeitsnehmern, deren Arbeitslohn bezahlt wird für Zeiträume a) von mehr als einer Woche: in drei Teilbeträgen, und zwar am 10. der Monate Oktober, November und Dezember 1932. Der einzelne Teilbetrag (Monatsrate) beläuft sich hiernach in dem oben angeführten Beispiele auf 2,25 Mark, während er in den Monaten Januar bis Juni 1932 bei einem Ledigen 3 Mark und bei einem Verheirateten 4,50 Mark betrug;

b) von nicht mehr als einer Woche: in 6 Teilbeträgen, und zwar am 10. und 24. der Monate Oktober und November 1932, sowie am 10. und 28. Dezember 1932.

Der einzelne Teilbetrag beläuft sich hiernach in dem oben angeführten Beispiele auf 1,12 Mark, während er in den Monaten Januar bis Juni 1932 bei einem Ledigen 1,50 Mark und bei einem Verheirateten 2,25 Mark betrug.

Soweit die Bürgersteuer mit ihrem Gesamtbetrage auf Grund eines besonderen Bescheides erhoben wird, wird sie fällig, wenn ihre Höhe im Rechnungsjahr 1931 im Verhältnis zu den reichsrechtlichen Mindesthöhen betrug:

- a) nicht mehr als 200 v. H.: mit ihrem Gesamtbetrage am 10. November 1932;
- b) mehr als 200 v. H.: am 10. Oktober und November 1932.

Die Gemeinden können die Bürgersteuer in diesen Fällen in anderer Weise als durch Steuerbescheid anfordern. Ferner wird die Bürgersteuer, soweit sie auf Grund eines zufälligen Steuerbescheides erhoben wird, am 10. November 1932 fällig.

Bezüglich der

Berechnung der einzubehaltenden Beträge durch den Arbeitgeber

wird abweichend von der früheren Durchführungsverordnung vom 1. Oktober 1931 nunmehr bestimmt, daß der Arbeitgeber die Höhe der einzubehaltenden Teilbeträge selbst zu berechnen hat.

Die Berechnung geschieht in folgender Weise:

1. Auszugehen ist von dem Gesamtbetrag der Bürgersteuer 1931 ohne den Zuschlag für die Ehefrau, der auf Seite 4, Abs. 2 der Steuerkarte 1932 von dem Arbeitnehmer angefordert worden ist.
2. Der einzelne einzubehaltende Teilbetrag beläuft sich bei Arbeitnehmern, deren Arbeitslohn gezahlt wird für Zeiträume

a) von mehr als einer Woche auf ein Achtel;

b) von nicht mehr als einer Woche auf ein Sechzehntel. des Gesamtbetrages der Bürgersteuer 1931 ohne den Zuschlag für die Ehefrau.

Eine Berücksichtigung außerordentlicher Einkommensrückgänge findet in besonderen Fällen statt.

In den Fällen, in denen das Einkommen des Steuerpflichtigen im Steuerabschnitt 1931 gegenüber dem Einkommen im Steuerabschnitt 1930 um mehr als 50 v. H. zurückgegangen ist, ist die Bürgersteuer 1932 auf Antrag mindestens entsprechend dem Hundertsatz des Einkommensrückgangs von 50 v. H. außer Betracht zu lassen. In diesen Fällen würde also zum Beispiel bei einem Einkommensrückgang von 80 v. H. von der sich ergebenden Steuer ein Abschlag von mindestens 30 v. H. zu machen sein.

Verein für das Denkschlum im Ausland. Die unter Leitung von Herrn Dr. Ernst Gapp stehende Wiener Akademische Kunstgruppe gab gestern auf Einladung des Somburger VDM. im Selpa einen „Abend in Wien“, der sich eines stark besuchten Hauses erfreuen konnte. Nach kurzen Begrüßungsworten von Frau Studentin Rönig folgte das Programm, das qualitativ und quantitativ sehr zufrieden stellte. Wenig lebte in allen Kunstgattungen auf der Bühne auf. Ein Wiener Quartett bot u. a. in vollendeter Form Schubert und Mozart, dann langten zwei lebliche Figuren in historischen Kostümen den Schönbrunner-Walzer, Serenade von Josef Haydn, eine Schnellpolka von Johann Strauß. Eine ganz exzellente Leistung im gelungene Repertoire, künstlerisch wohl die beste, stellte der Vortrag des Strauß'schen Walzers „Dorfschwalben aus Dellerndorf“ dar. Man bekam im weiteren Verlauf des Abends noch in hunder Folge Tanzgroßesken sowie hellere Vorträge in Form von Liedern und Couplets geboten. Die Veranstaltung zeitigte sowohl in ideeller als auch materieller Hinsicht ein schönes Resultat, das der Kunstgruppe Ansporn sein dürfte, mit allem Eifer auch weiterhin für die Sache des Auslandsdenkschlums zu werden und zu wirken.

Todesfall. Der in Bad Somburg wohnende niederländische Konsul Hendrik Willem ter Horst ist gestern im Alter von 52 Jahren gestorben.

Die Nachsaison in Bad Somburg hat mit sehr gutem Besuch eingeleitet. Das schöne Magen- und Darmbad im Taunus beweist wieder einmal seine große Anziehungskraft im Herbst, der mit der berühmten Somburger „Champagnerluft“ beste Erholung bietet. Die Kurloge ab 1. Oktober beträgt 10.— RM. für die Hauptkarte, 5.— und 2,50 RM. für Beikarten. Das Kaiser Wilhelm-Bad mit der neuen Tonschlamm-Packungs-Abteilung bleibt bis Ende Oktober geöffnet.

Sittlichkeitsverbrechen. Festgenommen wurde dieser Tage ein 54 Jahre alter Mann aus Dillingen, der zwei kleine Jungen in den nahen Hardwald lockte und sich dort an ihnen verging. Der Mann wurde bereits dem hiesigen Amtsrichter vorgeführt und hierauf nach Frankfurt in Untersuchungshaft gebracht.

Oberlaunuskreis und 6. November. Es ist anzunehmen, daß der 6. November 1932 für die Gemeinden des Oberlaunuskreises zum Großwahntag wird. In diesem Tage wird nämlich nicht nur ein neuer Reichstag, sondern auch nach heuligen Meldungen neue Gemeindepärlamente zu wählen sein. Außerdem sind für den neugebildeten Oberlaunuskreis Neuwahlen fällig, die man aus praktischen Gründen wahrscheinlich auch am 6. November stattfinden lassen wird.

Selpa. Das Winterprogramm wird heute mit dem Tonfilm „Das Lied einer Nacht“ eröffnet, bei dem u. a. der Heldenkrieger Jan Kiepura mitwirkt.

„Flüssiges Obst.“

In einem Zentner Obst sind durchschnittlich 8—10 Pfund Fruchtzucker und eine Anzahl sonstiger wertvoller Stoffe enthalten, die der menschliche Körper unbedingt zur Gesundheitserhaltung benötigt und zu sich nehmen muß. Aber nicht alles Obst kann als Frischobst verbraucht werden.

Eine der besten Verwertungsarten ist zweifellos die Säftebereitung, die sich in manchen Bezirken sehr eingeführt hat. Säftebereitung deshalb, weil im Säfte, meist alle frischen Bestandteile und alle Gesundheitswerte des Obstes restlos erhalten bleiben. Säfte wird deshalb mit Recht „flüssiges Obst“ genannt. In Deutschland sind bereits schon eine Anzahl gewerblicher Betriebe, welche Säfte, meist im Großen herstellen. Durch einfache Hilfsmittel ist es aber jetzt jedermann möglich, Säfte in jeder beliebigen Menge ohne Zusatz von chemischen Mitteln auf billige Art und Weise ganz mühelos herzustellen. Die Genossenschaft für gährungslose Fruchtverwertung in Wolfershausen (Obernassau), die selbst große Mengen Säfte herstellt, bringt schon längere Zeit Apparate in den Verkehr, mit denen jeder leicht selbst Obst zu Säfte verarbeitet kann.

Das Obst wird vor der Zubereitung gut gewaschen, dann gemahlen und der Saft mit der Obstschale ausgepreßt. Der frisch gewonnene Saft wird hernach in Säfteballons mit 25—50 Liter Inhalt gefüllt und ein sogen. elektrischer Apparat, ähnlich dem gewöhnlichen Tauchsieder in die Flasche eingeführt, der an die Licht- oder Kraftstromleitung angeschlossen wird. Sobald der Apparat sich befindliche Thermometer 75 Grad zeigt, wird der Apparat wieder entfernt und die Säfteflasche mit dem dazu gehörigen Reimfilter verschlossen. Damit ist alles erledigt. Der Säfte bleibt bei richtiger Behandlung keimfrei.

Durch eine sinnreiche Vorrichtung kann aus der Säfteflasche jedes Quantum Säfte entnommen werden, ohne daß der in der Flasche übrig bleibende Saft in Gärung übergeht.

Diese wertvolle Art der Obstverwertung kann gar nicht genug empfohlen und eingeführt werden. Jeder, der auf diese Weise sich Säfte bereitet hat, wird mit großer Begeisterung für die Säftebereitung eintreten und dafür Sorge tragen, daß dieses hochwertige, gesundheitsfördernde „flüssige Obst“ in seiner Haushaltung immer im Vorrat vorhanden ist.

Unsere Feuerwehr. Die erste freiwillige Feuerwehr in Deutschland wurde 1745 in Barmen eingerichtet. Berufsfeuerwehren sind erst viel später aufkommen. Jetzt gibt es in 36 000 der 64 000 Orte, Städte, Dörfer und Flecken Deutschlands Feuerwehren, meist freiwillige Wehren. Man darf annehmen, daß Deutschland über insgesamt 1 860 000 aktive Mannschaften verfügt, für die jährlich rund 160 Millionen Mark, d. h. 2—3 Mark pro Kopf der Bevölkerung ausgegeben werden.

Altweiberfrühling. Langsam geht der Hochsommer in den „Altweiberfrühling“ über. Es blühen die letzten Blumen, die Astern und Dahlien, in bunter Farbenpracht, draußen schimmern die Köpfe der heilsamen Kamille, der Schafgarbe und des Wegerichs. Im Garten leuchtet das gelbgeblühte Rad der Sonnenblume. Nur noch vereinzelt künden die vielbesungene „letzte Rose“ das Scheiden des Sommers. Ueber den von Grillengestank erfüllten Wiesen flattert noch mancher Schmetterling, begrüßt von den Vogelsängern, die gegen Süden wandern. Altweiberfrühling Zeit voll poetischer Reize, voll Stimmung und heiterer, gedämpfter Freude. Die weißen Fäden mahnen zur Einkehr, sie erinnern daran, daß der Herbst kommt. Sie sind Verbote des Abschieds von der Zeit des Blühens und Wachens.

Bad Somburger Sport-Nachrichten.

Tabellestand am 18. September 1932.

(Arbeiter Sportvereine.)

	Sple-	gew.	un-	verl.	Tore	Punk-
	le		entsch.			le
1. Oberstedten	7	6	0	1	18:9	12:2
2. Harthelm	7	4	1	1	20:10	10:4
3. Seulberg	5	3	1	1	11:8	8:4
4. Obererlenbach	5	1	3	1	15:15	7:5
5. Oberhöchstadt	7	3	1	3	17:17	7:5
6. Niedererbach	6	2	1	3	10:7	5:7
7. Eiserstadt	6	2	1	3	17:12	5:7
8. Fehrenhelm	5	0	0	5	9:20	0:10
9. Niederrad	5	0	0	5	4:20	0:10

Verkaufs-Preise wichtiger Lebensmittel.

	voriger Preis	heutiger Preis
1 Ltr. Milch Ladenpreis	22 —	22 —
10 Pfd. Kartoffeln	35 —	26 —
1 Pfd. Roggenbrot	18 —	18 —
1 Pfd. Weizenmehl	25—30 —	22—28 —
1 Ztr. Steinkohlen fr. Keller	2.02 —	2.10 —
1 Ztr. Braunkohl fr. Keller	1.45 —	1.60 —
1 Alw.-Stunde Elektrizität	48 —	48 —
1 cbm Gas	23 —	23 —
1 Pfd. Ochsenfleisch	85 —	85 —
1 Pfd. Schweinefleisch	95 —	85—95 —
1 Pfd. Butter	1.30 —	1.30 —
1 Pfd. Linsen	20—50 —	20—50 —
1 Pfd. Bohnen	12—30 —	12—30 —
1 Pfd. Erbsen	20—40 —	20—40 —
1 Pfd. Blutwurst	80 —	80 —
1 Pfd. Leberwurst	1.10 —	1. —
1 Pfd. Fleischwurst	1. —	1. —
1 Pfd. Zucker	39—40 —	39—42 —

Drucker und Verleger: Otto Bogenbreth & Co., Bad Somburg
Verantw. für den redaktionellen Teil: S. Derg, Bad Somburg
Für den Inseratenteil: Fritz W. A. Krügerbrink, Bad Somburg

Aus Hessen und Nassau.

Zuhälter gründen einen Verein.

Frankfurt a. M., 19. Sept. Der scharfe Kampf der Polizei gegen das Dürren- und Zuhälterwesen in Frankfurt a. M. trägt jetzt seine Früchte. In der letzten Woche konnten wieder 20 Dürren festgenommen werden, die sich gegen das Gesetz gegen die Geschlechtskrankheiten vergangen hatten. Bei der Vernehmung der Dürren kam die Polizei auch dahinter, daß die Zuhälter die Absicht hätten, einen „Verein zur Wahrung ihrer Interessen“ zu gründen. Die Gründungsversammlung sollte in einem Lokal in der Nähe des Schwimmbades stattfinden. Man hatte eigens einen Kellner angestellt, der auch die nötige Sachkenntnis hatte und mit dem Tun und Treiben der Zuhälter Bescheid wußte, denn er hatte früher selbst das „edle“ Handwerk der Zuhälterie betrieben. Zu der konstituierenden Generalversammlung hatte man sich sogar Zuhälter von auswärts als Sachverständige geladen. Man war sich nur noch nicht einig, welchen Decknamen man der neuen Vereinigung geben sollte. Ein Regellklub sollte es sein, aber der Name machte Schwierigkeiten. Da erschien ganz plötzlich die Polizei und interessierte sich sehr für die Statuten dieses „harmlosen“ Gremiums. Diese lauteten wahrheitsgemäß sehr verhängnisvoll, denn die Polizei hielt es für besser, sämtliche anwesenden Zuhälter, es waren 14 an der Zahl, festzunehmen. Es waren darunter Prachtexemplare dieser Gattung Mitmenschen. Einige werden von der Polizei schon lange gesucht, ein anderer ist dafür bekannt, daß er ständig zum mindesten drei Frauen unterwegs hat.

Der mißglückte Postbefug.

Frankfurt a. M. Die Große Strafkammer beendete nach zweitägiger Sitzung die Verhandlung gegen die Händlerin Frieda Werner, den Kaufmann Rudolf Levi und den Händler Joseph Frey und kam zu folgender Entscheidung: Der Angeklagte Frey wurde freigesprochen, die Beschuldigte Werner wurde wegen fortgesetzter Unterschlagung, Untreue, Betrugs, schwerer Urkundenfälschung und Betrugsversuche zu einem Jahr und zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Frau Werner hatte eine Reihe von Gegenständen, die sie von einer Schmuckwarenfirma in Oberstein bezog, unter Preis an Levi abgegeben und diese Sachen in Besitz genommen. Sie ließ dann der Firma mitteilen, daß sie ein größeres Geschäft in Aussicht habe, und daß sie die bisher empfangenen Sachen verkauft habe, was nicht der Wahrheit entsprach. Sie schickte dann zwei Wertpapiere über je 800 Mark an eine bestimmte Adresse ab. Der Inhalt der Pakete war aber geringwertiger und es kam ihr nur darauf an, zwei Postquittungen über die Abendung solcher Pakete zu bekommen. Auf diesen Quittungen änderte sie dann den Namen des Empfängers derart um, daß es den Anschein haben konnte, die Pakete seien an die Firma in Oberstein gegangen. Das geschah zur Verschleierung, daß sie noch Waren hinter sich hatte und zur Verhütung, daß sie von der Firma in Anspruch genommen werden konnte. Über die Sache glückte nicht. Die Angeklagte hat dann schließlich das große Wertpapier, das Postmittel enthielt und mit 27 000 Mark befristet war, abgeschickt in der Absicht, von der Post Ersatz zu bekommen. Auch das mißglückte.

Unter Erfolg der Südwestdeutschen Möbelmesse

Frankfurt a. M., 19. Sept. Die Südwestdeutsche Möbelmesse hatte am ersten Tage ihrer Eröffnung bereits einen Besuch von über 4000 Personen zu verzeichnen. In der Hauptanlage stammten die Besucher (nur Wiederverkäufer) aus Süd- und Südwestdeutschland, Rheinland und Westfalen, Mitteldeutschland und dem Saargebiet. Fünf Prozent der Besucher stellte das Ausland, vor allem Holland, Belgien, Schweiz und Österreich. Das geschäftliche Ergebnis wird von den Ausstellern als über Erwarten gut bezeichnet. Besonders gefragt wurden moderne Küchen, Kleinförmel und Polsterwaren, sowie Zimmer mittlerer Preislage, während die teuren Waren kaum Absatz fanden. Interesse bestand auch für Stilmöbel.

Frankfurt a. M. (Eine 14-jährige Diebin.) Bei einer hiesigen Herrschaft war zu Ostern ein frisch aus der Schule gekommenes Mädchen als Dienstmädchen angestellt worden, mit dem die Leute schlechte Erfahrungen machten. Von der Stunde ab, da das Mädchen im Hause war, durfte man kein Geld mehr irgendwo liegen lassen. Erst als das Haushaltsgeld der Hausfrau aus den Schubladen. Als darauf das Geld in eine Kassette eingeschlossen wurde und diese in einen verschlossenen Schrank gestellt worden war, zu dem man den Schlüssel versteckte, glaubte man alles getan zu haben, um die Diebstähle zu verhindern. Die kleine Diebin kam aber auch jetzt zu ihrem Ziel. Im ganzen räuberte sie etwa 1000 Mark zusammen. Das Geld brachte das Mädchen fast restlos ihrer Mutter, die ohne sich um die Herkunft des Geldes irgendwelche Sorgen zu machen, dafür Radioapparat und Kleider anschaffte.

Frankfurt a. M. (Festnahme eines ungetreuen Postbeamten.) Beim Postamt 1 in Frankfurt a. M. hat sich ein Postinspektor, der sich im Aufstandsdienst betätigte, an Geldern vergreifen, die aus Markenautomaten zu verrechnen waren. Der Beamte wurde wegen dieser schweren Amtsunterschlagung festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der mit Rücksicht auf das schwere Delikt sofortigen Haftbefehl erlassen hat.

Frankfurt a. M. (Wiederverzicht auf Revision.) Der wegen Tötung auf Verlangen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilte Optiker Wilhelm Wied aus Stuttgart nahm die Strafe an und verzichtete auf Revision.

Wiesbaden. (Weihe einer Saarland-Eiche.) Die in Nassau anfalligen Saarländer haben eine von der Stadt Wiesbaden zur Verfügung gestellte Eiche unter starker Beteiligung der Bevölkerung zu einer Saarland-Eiche geweiht. Wiesbaden wurde deshalb zum Standort dieses Naturdenkmals ausgewählt, weil Wiesbaden durch das Fürstentum Nassau-Saarbrücken eng mit dem Saarland verbunden ist. Die Weihe, zu der u. a. auch Abordnungen der Saarvereine aus allen Teilen des Reiches erschienen waren, vollzog der Präsident des Landesrates des Saargebietes, Scheuer-St. Ingbert. Er betonte, daß die Saar trotz aller Bedrängnis und Maßnahmen der Franzosen treu zu ihrem Mutterlande stehe. Ein Symbol der Treue sei auch diese Eiche. Sie solle den Saarländern eine Mahnung sein, im Kampf um ihre heiligsten Rechte auszuhalten. Kommenden Beschlechtern solle sie künden

von der Treue der Saarländer zu ihrem deutschen Vaterland. Für die Stadt Wiesbaden übernahm Stadtrat Dr. Osterheld die Eiche und ihre Anlagen in den Schutz der Stadt Wiesbaden. Die Weihe der Saarland-Eiche gestaltete sich in ihrem ganzen Verlauf zu einer imposanten Kundgebung für das abgetrennte Saargebiet.

Darmstadt. (Flugzeugtaufe.) Im Drangeriehaus wurde das neue Segelflugzeug der gewerblichen Berufsschule 1 auf den Namen „Glück ab“ getauft. Das Segelflugzeug, ein Gleitsieger, wiegt 134 Kilogramm und hat eine Spannweite von 11,8 Meter. Der Bau des Flugzeuges war möglich durch Stiftungen der Industrie, der Handwerkskammer und der Stadt Darmstadt. Das Flugzeug wurde auf einem Hang bei der Waldmühle in der Nähe von Nieder-Beerbach in „Betrieb“ genommen.

Darmstadt. (Von der Handwerkskammer.) Da der Vorsitzende der hessischen Handwerkskammer, Wohl-Darmstadt, sein Amt niedergelegt hat, ist eine Neuwahl vorzunehmen. Wie verlautet, ist als Nachfolger der Mainzer Stadtverordnete Joseph Falk in Aussicht genommen, dessen Vater, der verstorbene Geh. Gewerberat Falk, dieses Ehrenamt viele Jahre bekleidet hat.

Groß-Gerau. (Hessischer Braugerstentag.) Die hessische Landesgerstentage bei der Landwirtschaftskammer für Hessen veranstaltet am Dienstag, den 27. September, eine Braugerstenschau, verbunden mit einem öffentlichen Braugerstentag, bei dem Dr. Finger von der Landwirtschaftskammer Darmstadt und Oberlandwirtschaftsrat Dr. Lung, Groß-Gerau, Vorträge halten werden.

Groß-Zimmern. (Schwerer Autounfall.) In der Hauptstraße ereignete sich ein schwerer Autounfall, der leicht zwei Menschenleben kosten konnte. Die Witwe Ehr. Dietrich kam mit einem Handwagen von der Bahn und wollte gerade zur Toreinfahrt der Fabrik einbiegen, als sie der Personenwagen eines Frankfurter Zeitungsverlegers überholen wollte. Auf der Mitte des ziemlich breiten Fußsteiges erfasste das Auto den Handwagen und schleuderte die Frau zur Seite, wo sie blutüberströmt liegen blieb. Sie trug neben schweren Rückenwunden auch noch innere Verletzungen davon. Ein des Weges kommender Radfahrer, der sich noch rechtzeitig hinter einen Mauervorsprung retten konnte, entging mit knapper Not der Erdrückung. Sein Rad wurde demoliert. Das Auto rannte mit ziemlich hoher Geschwindigkeit gegen das vier Meter hohe Tor der Fabrik und brach es ein. Selbst die Untergrundmauer des Tores wurde gespalten. Das Auto, das mit einem Schutzgitter versehen war, konnte seine Fahrt fortsetzen.

Camptelheim. (Zweite Glieberblüte.) Auf dem alten Friedhof tragen die Glieberbüsche zum zweiten Male in diesem Jahre Blüten. Das sommerliche Herbstwetter hat die Knospen, die sich noch einmal gebildet hatten, zur Entfaltung gebracht.

Wetterbericht.

Unter dem Einfluß des Hochdruckgebietes hat sich das erwartete heitere und trockene Wetter eingestellt, wenn es auch vereinzelt zu stellenweise starken Niederschlägen kam.

Vorhersage: Zunächst noch verhältnismäßig warm, dann etwas kühler, meist wollig und unbeständig, teilweise Regenschauer bei westlichen Winden.

Nur RM 3.50

kosten 21 der zur Zeit beliebtesten

Tonfilm- und Tanzschlager für Klavier mit vollständigen Texten

Ungekürzte Original-Ausgaben. Enthalten im neu erschienenen Schlager-Album

ZUM 5 UHR TEE

Band 19

Inhaltsverzeichnis:

Aus den erfolgreichen Tonfilmen:

„Gitta entdeckt ihr Herz“:

1. Was kann so schön sein (Engl. Waltz)
2. Mädel, so bist du (Foxtrot)
3. Für dich sing ich meine schönsten Lieder (Rumba)

„Der Frauendiplomat“:

1. Musik muß sein (Marschlied)
2. Mir fehlt ein Freund wie du (Tango)

„Ehe m. b. H.“:

Wer weint heute aus Liebe Tränen (Slowfox)

„Zwei himmelblaue Augen“:

Zwei himmelblaue Augen (Tango)

„Fräulein, falsch verbunden“:

1. Ein Kuß mit Liebe (Foxtrot)
2. Seit jener Stunde (Tango)

Und mit den großen Schlagern:

Kleine Elisabeth, na, na! (Tangolied)

Oh Don José (Mama Inez), (Rumba)

Warum küßt mich dein Mund so heiß? (Tango)

Mit dem Peng und dem

Radradibumbum (Tom Thumb's Drum), (Foxtrot)

Eine Sommernacht am Meer (Engl. Waltz)

Die alte Spieluhr (Tangolied)

Wenn in blauer Nacht (Maria, my own) (Cuban-Foxtrot)

Wer weiß, ob du für mich

die Richtige bist (Kiss me Goodnight), (Engl. Waltz)

Nur Frühling muß es sein (My bluebird's back again) (Foxtrot)

Nur du allein bist die Frau (Plegaria de mi corazon) (Tango)

Jonny, wenn du Geburtstag hast (Foxtrot)

Wenn ich Urlaub hab! (Marschlied)

In altgewohnter erstklass. Ausstattung! Künstler. Mehrfarbentitel!

Hierzu Violin-Stimme (RM 1.80) erhältlich!

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder wenn nicht erhältlich direkt von ANTON J. BENJAMIN, A.-G., ABTEILUNG SORTIMENT, LEIPZIG C 4, TAUBCHENWEG 20

Am 12. Oktober 1932, 17 Uhr, sollen im Gemeindehaus in Oberstedten Is. nachstehende Grundstücke versteigert werden:

Bebauter Hofraum mit Hausgarten, Altkönigsstraße 25, auf 29,16 ar groß, Garten, auf dem Gleichen, 8,71 ar groß.

Bad Homburg v. d. H., den 9. August 1932,

Amisgericht

4 Wochen kostenlos

liefern wir Ihnen gegen Einsendung des anhängenden Gutscheines die „Wirtschaftlichen Kurzbriele“.

Was die WK sind?

Deutschlands größte Zeitschrift für Steuerwesen und Wirtschaftskunde!
Die Zeitschrift, zu deren Mitarbeitern einige der gesuchtesten Steuer- und Wirtschaftsrechtler gehören!
Die Zeitschrift, die über einen vorbildlichen Kundendienst verfügt und nachweislich Zehntausende von Spezialauskünften an ihre Abonnenten erteilt!
Die Zeitschrift, die infolge ihrer einzigartigen technischen Gestaltung ein nie veragendes Nachschlagewerk bildet.

Mehr als 46000 fortschrittliche Köpfe gehören zu den Abonnenten. Auch Sie sollten sich diese Einrichtung zunutze machen. Es wird bestimmt ihr Vorteil sein. Bitte schicken Sie uns also den Gutschein ein!

Gutschein!

Rudolf LORENTZ Verlag
Charlottenburg 9
Kaiserdamm 38

Liefern Sie mir — uns, wie versprochen, die WK 4 Wochen vollkommen kostenlos u. unverbindlich

Wer eine Dauer-Existenz haben will und ein Lokal oder sauberen Partiererraum frei hat, richte sich nach amerik. Muster ein Bügelstube mit der modern. Heissmangel, Modell 1038, ein. Ueber

800 Bügelstuben

bereits eingerichtet. Auch für kleinste Orte geeignet. Kein Risiko. Jede Hausfrau ist Kunde. Täglich Bargeld. Ratenzahlung. Vertreterbesuch. Generalvertreter kommt persönlich. Anfragen an

Julius Höwing, Bochum, Yorkstr. 10 Ruf 62311.

Neue Ia. frische Leder- u. Blumwurz - 0.58 - Gg. Wädherschäuer Am Markt Tel. 2295

Hunde abzugeben Frankfurt Wefer 24

Reklame der Weg zum Erfolg

Zwangsversteigerungen.

Am Mittwoch, dem 21. Sept., nachmittags 3 Uhr, versteigere ich im „Naphtischen Hof“, Dorotheenstr. 24, zwangsweise, öffentlich, meistbietend, gegen Barzahlung:

Eisen, Herde, Badewannen, Druckereimaschinen und Möbel aller Art.
Koss, Obergerichtsvollzieher.

Gastroenter's Gämmerfeld

Erwin - Tilzky

D.R.P. D.R.G.M.

Schwerste Hämorrhoiden nachweisbar in kürzester Zeit geheilt. Prosp. u. Auskunft kostenlos durch

Seinrich Göttsch

Neugermeling 10 bei München

Ihr Schicksal im Jahre 1932/33

nebst Charakter — Blitz-Methode: „Ein Blick und von nun an durchschaue ich jeden“ — erkennen Sie trefflicher aus dem „Internationalen Astrologischen Kalenderbuch“. Reichhaltiger illustrierter Inhalt nebst Gutschein für ein mathematisch berechnetes, persönliches Horoskop. U. A.: Aus der Werkstatt eines modernen Astrologen — Wie stelle und deute ich mein eigenes Horoskop? Frauen und Männer in der Liebe — Wer zu einander paßt und wer nicht — Deutschlands und Völkerschicksale 1932/33 — Lebensrettung durch Astrologie — Das Geheimnis der Roulette enthüllt — etc. etc. Bestellen Sie sofort dieses einzigartige, jederzeit aktuelle Kalenderbuch, dessen Verfasser einige tausend erstklassige Anerkennungen über seine Werke, Arbeiten und Vorträge aufweisen kann, gegen Einsendung von 1.50 RM. in Briefmarken oder per Postanweisung. (Nachn. 1.80) Jll. Prospekt kostenlos.

C. H. G. Otto, Berlin W. 9,

Neulandstr. 222.

Vertriebsstellen werden allorts eingerichtet. Massen-Umsatz.

Sichere EXISTENZ bringt die Einrichtung einer Bügelstube mit der modernen

Heissmangel

Ueber 800 Betriebe bereits eingerichtet. Täglich Bargeld. Ratenzahlung. Vertreterbesuch.

Kauft bei unseren Inferenten

Bad Somburger Neueste Nachrichten

Beilage zu Nr. 221 vom 20. Sept. 1932

Gedenktage.

20. September.

1870 Einnahme Roms durch die italienische Armee; Ende des Kirchenstaates.
1898 Der Dichter Theodor Fontane in Berlin gestorben.
1910 Der Schauspieler Joseph Kainz in Wien gestorben.
1920 Der bayerische General der Kavallerie Freiherr von Geyffert in München gestorben.

Sonnenaufgang 5,42
Mondaufgang 19,33

Sonnenuntergang 18,04
Monduntergang 12,06

In Frankreichs Spuren.

Nachdem während der letzten Tage aus London berichtet worden war, daß die englische Stellungnahme zur Frage der deutschen Gleichberechtigung sich sehr wesentlich von der französischen Auffassung unterscheidet und Paris sich sogar eines starken Unbehagens nicht erwehren konnte, hat das amtliche England jetzt seine Stellungnahme der Öffentlichkeit übergeben.

Um es vorweg zu nehmen: Die Dentschrift, die der englische Außenminister der Reichsregierung übergeben hat, ist für Deutschland eine vollständige Enttäuschung, während Frankreich angenehm überrascht ist. Denn der deutsche Schritt in Paris wird von England als „unklug und inopportun“ kritisiert, da er „nicht nur der Abrüstungskonferenz als solcher, sondern auch der Zukunft der ganzen Abrüstung Hindernisse in den Weg zu legen“ drohe. Es sei daher zu bedauern, daß eine politische Kontroverse von solcher Bedeutung gerade in dem Augenblick entstanden sei, in dem alle Aufmerksamkeit der Wiederherstellung der Wirtschaft gewidmet sein sollte. Da aber Deutschland seine Forderung auf Gleichberechtigung nachdrücklich angemeldet habe, müsse zunächst Klarheit darüber geschaffen werden, um was es bei dieser Frage geht und wie die gegenwärtige Rechtslage sei. Rechtlich sei die Lage so, daß der Teil 5 des Versailler Vertrages nur durch allgemeine Übereinkunft geändert werden könne und somit noch Rechtskraft habe. Dieser Teil sei auch nicht davon abhängig, ob eine Abrüstungskonvention zustande komme oder nicht, so daß Deutschland hieraus auch keinen Rechtsanspruch auf Abschaffung des Teiles 5 des Versailler Vertrages ableiten könne. Weiterhin sei in der Präambel zum Teil 5 nicht gesagt, daß die übrigen Unterzeichnermächte des Versailler Vertrages in gleicher Art abzurufen müßten wie Deutschland. Deutschlands Abrüstung sollte nur die Einstellung einer allgemeinen Abrüstung ermöglichen und es sei etwas ganz anderes, ob der Zweck oder das Ziel einer Vertragsabmachung angegeben oder ob die erfolgreiche Erreichung dieses Zieles zu einer „Bedingung“ für die Vertragsabrede gemacht wird. Eine weltumfassende Vereinbarung über eine Abrüstung in bedeutendem Ausmaß könne nur dann erzielt werden, wenn auf die Bedürftigkeit wie auf die Gefühle aller 64 beteiligten Staaten gebührend Rücksicht genommen werde.

Die englische Regierung macht dann folgenden Vorschlag: Sie erblicke die Aufgabe der Abrüstungskonferenz darin, den Rahmen einer Abrüstungsvereinbarung, gestützt auf den Grundsatz zu schaffen, daß jeder Staat für sich in Übereinkunft mit anderen eine Begrenzung auf sich nimmt, die er sich selbst auferlegt und freiwillig übernimmt. Als Ergebnis der Vereinbarung wird es daher keinen Unterschied im „Status“ geben. Die Abrüstungen eines jeden werden durch dieselbe Methode überwacht werden. Die Begrenzungen, die bereits durch die bestehenden Verträge — wie Friedensverträge und die Flottenverträge von Washington und London — bestehen, werden, soweit sie nicht durch gegenseitige Übereinstimmung geändert werden, in der freiwilligen und allumfassenden Übereinkunft, über die zu verhandeln man sich jetzt gerade anschickt, bestehen bleiben. Dieses letztgenannte Dokument wird es dann sein, das ein wirksame Verpflichtung für alle ist. Diese Auffassung von der Art und dem Zwecke der Abrüstungskonferenz ist nach Ansicht der englischen Regierung die Antwort auf die Frage des Status, die in der Mitteilung der deutschen Regierung vom 29. August aufgeworfen worden ist.

In der Note heißt es dann am Schluß, das Ziel lasse sich nicht durch eine „bestimmte Herausforderung“ und auch nicht dadurch erreichen, daß man sich von Beratungen zurückzieht, sondern nur durch „geduldige Erörterungen“ im Wege einer Konferenz zwischen den beteiligten Staaten.

Dies der Inhalt der englischen Note, die den einzigen Vorzug hat, daß sie sachlich gehalten ist und klar zum Ausdruck bringt, daß man in London nicht gesonnen ist, den klaren Rechtsanspruch Deutschlands anzuerkennen. Insofern folgt sie auch der französischen These, als sie ihre Zusage zu der juristischen Spitzfindigkeit nimmt, die internationale Rüstungsgleichheit sei nicht die „Bedingung“, sondern das „Ziel“ der deutschen Abrüstung und wenn sie sogar davon spricht, daß das deutsche Vorgehen die „glatte und harmonische Arbeit“ der Abrüstungskonferenz gefährden könne, so könnte diese Phrase genau so gut aus dem Munde Herriots oder Poincarés gekommen sein. England bewegt sich damit durchaus auf Genfer Boden und in den dort angewandten unersreulichen Methoden, die nur das Recht des Stärkeren kennen. Es ist daher bemerkenswert, wenn am gleichen Tage, an dem die englische Note in Deutschland überreicht wurde, der frühere englische Ministerpräsident Lloyd Georges, der mit Wilson und Clemenceau zu den Verfassern des Versailler Vertrages gehört, für die deutsche Gleichberechtigung eintritt und wörtlich schreibt: Als noch lebender Partner der beiden Männer nehme ich keinen Anstoß, mir die deutsche Auffassung zu eigen zu machen, sie dahin geht, daß die Siegernationen schamlos die Treue in der Rüstungsfrage gebrochen haben! Das ist ein anderer Tenor, als der der englischen Dentschrift und uns will dünken, als ob das die Wahrheit wäre!



Die Tragödie der Fremdenlegionäre.

Unser Bild zeigt die Eisenbahnbrücke in Tlemcen in Algerien, wo ein Zug mit Fremdenlegionären abstürzte und zahlreiche von ihnen getötet und verletzt wurden.

Neues aus aller Welt.

„In der Luft zusammengestoßen.“ Während eines nationalsozialistischen Flugtags ereignete sich in Braunschweig ein tödlicher Absturz. Der Braunschweiger Kunstflieger und Luftphotograph Albrecht stieg in der Luft mit einem anderen Flugzeug zusammen. Seine Maschine geriet ins Trudeln. Albrecht stürzte in etwa 50 Meter Höhe herab und fiel zur Erde. Er war sofort tot. Die Maschine fiel dicht neben den verunglückten Flieger zu Boden und ging vollständig in Trümmer. Das andere Flugzeug konnte nach dem Zusammenstoß seinen Flug weiter fortsetzen.

„Schweres Autounfall bei Kiel.“ Zwischen Preetz und Naisdorf in der Nähe von Kiel stieß ein Personkraftwagen mit einem Pferdewagen zusammen. Der Anprall der beiden Fahrzeuge war so heftig, daß die Deckel des Führerwerts dem im Wagen sitzenden Ingenieur Meh aus Düsseldorf den Kopf zerschmetterte. Meh war auf der Stelle tot.

„Den Spielgefährten erschossen.“ In Abwesenheit der Eltern holte sich der sechsjährige Sohn des Landwirts Karl Bey in Wäldenachsen (Unterfranken) das hinter dem Bett hangende Jagdgewehr des Vaters, um damit zu spielen. Plötzlich entlud sich die Waffe und eine Ladung Schrot drang dem gleichaltrigen Sohn des Landwirts Spiegel in den Leib. Mit schweren Verletzungen wurde das Kind in das Krankenhaus eingeschafft, wo es unter gräßlichen Schmerzen verstarb.

„Zerschlagenes Glück.“ In Bungenhausen in Bayern wollte der Huberbauer, ein Hagestolz von 70 Jahren, heiraten. Seine Wahl fiel hierbei auf ein Mädchen, das 60 Jahre zählte und das Glück des Liebespaars war groß. Die lieben Nachbarn aber hänselten den „jugendlichen“ Bräutigam und der Angebote waren viele, die bei dem bestimmt zu erwartenden reichen Rindersegen die Patenstellen übernehmen wollten. Der Huberbauer ließ sich aber von seinem Vorhaben nicht abbringen. Bis eines schönen Tages die Sache doch aus war und man nichts mehr von ihr hörte. Auf die Frage der Nachbarn, warum die Hochzeit nicht stattfände, antwortete der Bauer verstimmt: „Es ging nicht, weil die Eltern des Mädchens dagegen sind!“

„Raubüberfall auf einen Rassenboten.“ In Essen wurde ein Rassenbote der Firma Krupp von einem bisher unbekannten Manne überfallen und zu Boden geschlagen. Der Überfallene setzte sich zwar heftig zur Wehr, doch gelang es dem Täter, ihm die Aktentasche mit etwa 2000 Mark Inhalt zu entreißen.

„Schweres Autounfall in Lyon.“ Ein Autobus fuhr in Lyon (Frankreich) in voller Fahrt gegen einen Lastwagen, der vollständig zertrümmert wurde. Der Autobus setzte seine rasende Fahrt fort und zerschellte schließlich an einem halben Straßenbahnwagen. 20 Personen wurden verletzt, von denen zwölf ins Krankenhaus übergeführt werden mußten.

„Einer, der im Gefängnis 14 Millionen erbt.“ Im Gefängnis des Preßburger Kreisgerichts (Tschchoslowakei) sitzt der frühere Lehrrer Sulko wegen Betrugs und Diebstahls. Seine Strafszeit läuft im Januar 1933 ab. Nun hat das ungarische Konsulat in Preßburg dem dortigen Gericht mitgeteilt, daß Herr Sulko eine Erbschaft von 14 Millionen Tschchosloven (1750 000 Mark) zugefallen ist. Man darf nun wohl darauf rechnen, daß Sulko wegen Diebstahls nicht mehr zu sitzen kommen wird.

Essen, was uns schmeckt

Propaganda beginnt mit Inseraten, mit Broschüren, mit Vorträgen, mit Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften usw. Kein Wunder, wenn Tag für Tag die ganze Welt mit Propagandamaterial aller Art überschwemmt wird, und wenn zwischen diesen und vielen Dingen, mit und in welchen Ratschläge und Anregungen, Regeln und Anweisungen auch eine gewisse Gefahr für das Publikum bedeuten, das oft recht vorurteilslos besonders Ratschläge medizinischer und gesundheitspflegerischer Art aufzunehmen und zu befolgen pflegt. Während zum Beispiel die wirkliche hygienische Aufklärung

heutzutage nicht mehr von Krankheit und Tod, sondern von gelunden Menschen und der Erhaltung ihrer Gesundheit spricht, züchten die Gesundheitsfanatiker mit ihren übertriebenen Einstellungen immer noch Hypochonder. Immer dann, wenn Unversändenes oder geschäftliche Absichten in geschäftlicher Weise über Wissenschaftlichkeit ausposaunt werden, entsteht heillose Verwirrung, und das gilt besonders für das Gebiet der Ernährung, weil hier die Öffentlichkeit Tag für Tag mit einer derartigen Fülle von Vorschriften und Verordnungen, Rezepten und Anweisungen überschüttet wird, daß der Laie einfach nicht mehr aus noch ein weiß.

Gerade auf diesem Gebiete wird sehr viel Unsinn zusammengeschrieben und leider immer noch geglaubt. Da kann man zum Beispiel lesen, daß deshalb vor dem Genuß jeglicher Konfervenahrung gewarnt werden müsse, weil man durch sie Skorbut oder Rachitis bekomme. Die Folge davon ist, daß ängstliche Gemüter keine Konferven mehr anrühren oder dann, wenn sie welche essen müssen, an Appetitlosigkeit leiden. Der angebliche Vitaminmangel in den Konferven, längst als eingebildet nachgewiesen, könnte ja jederzeit durch etwas Salat, Tomaten, Radieschen usw. wettgemacht werden. Auch über den Zucker, eines unserer wichtigsten und verbreitetsten Volksernährungsmittel, wird immer noch viel Falsches geschrieben, obwohl unsere bedeutendsten Hygieniker und Ernährungswissenschaftler längst für genügende Aufklärung gesorgt haben. Weil irgend jemand mal nach dem Genuß von etwas Süßem Sodbrennen bekommen hat, verurteilt man den Zucker als Säurebildner. Immer noch geistert die längst als falsch erwiesene Theorie durch die Welt, der Genuß von Süßigkeiten sei der Grund aller Zahnkrankheiten. Dabei gibt es notorische Zuckereßer, die über ein glänzendes Gebiß verfügen, und Leute mit schlechten Zähnen, die nie etwas Süßes genossen haben. Es wäre gekletter, man würde endlich einmal in Schule und Haus für eine vernünftige Propagierung richtiger Zahn- und Mundpflege sorgen. Damit würde man mehr erreichen.

Ein vernünftiger Mensch wird sich natürlich durch die Warnungen vor völlig eingebildeten Giften in der Nahrung nicht abhalten lassen, das zu essen, was ihm schmeckt. Eine gut zusammengestellte Mischkost kann niemandem schaden, und wer in den notwendigen Grenzen Fleisch und Eiweiß sowie reichlich Kohlehydrate, ferner gekochte und rohe Gemüse zu sich nimmt, wird von solcher abwechslungsreichen Nahrung niemals krank werden. Wer Hunger nach einem Stück Torten mit Schlagsahne oder Schokolade hat, der sollte solchen Gelüsten in vernünftigen Grenzen nachgeben, ebenso wie sich ja niemand davon abhalten läßt, mal einen fetten Schweinebraten oder eine saure Gurke zu sich zu nehmen. Es ist unerantwortlich, in der heutigen Zeit in Büchern und Schriften vor den Speisen und Getränken zu warnen, von denen sich die Menschheit seit Jahrtausenden ernährt, und zu behaupten, nur die Rohkost schütze vor Kultureichum, Säuretoß oder ähnlichen eingebildeten Dingen. Diese einseitigen Hinweise schaden nur dem Verdienstsystem und nützen niemand. Gesunder Hunger war, ist und bleibt der beste Koch in allen Zeiten, und das Verlangen nach einer bestimmten Nahrung ist immer ein untrügliches Zeichen dafür, daß der Organismus gerade diese Bestandteile braucht.

Amerikaner über sich selbst!

„Man trifft das Wesen des amerikanischen Volkes ziemlich genau, wenn man es mehr oder weniger als Großenwahn sinn bezeichnet, hervorgerufen durch eine unverdaute Prosperität und einen verzerrten Sinn für die Werte der Welt. Wir nähern uns in einiger Beziehung bereits dem Stadium des Deliriums, denn unser Schrei ist nicht mehr, schnell reich zu werden, sondern noch schneller reich zu werden.“ („The New York Times Magazine, 1931“).

„Amerika ist stolz auf seine Reformdeute, so auch auf sein Reformmitglied, den ehrenwerten Mister Plitt, einen vierzigjährigen Grundstücksmaier. Plitt hat nur vier Zukunftspläne innerhalb der letzten 15 Jahre verfaßt! Er besuchte insgesamt 793 Essen und verzehrte hierbei nicht weniger als 2000 Hühnerfoteletts. Dabei mußte er 1200 Dollar für die Diners und 79,30 Dollar für Garderobe bezahlen. Die für den Besuch dieser Zusammenkünfte aufgewendete Zeit beläuft sich auf annähernd 3000 Stunden.“ („American Mercury, 1931“).

„In den nächsten Monaten ersteht an der Ecke vom Broadway und der 173. Straße in New York eine neue Kirche, welche außer den Raum für den Gottesdienst noch ein Schwimmbad, Büroräume, eine Turnhalle sowie mehrere hundert Mietwohnungen enthalten wird. Die Kirche kostet voraussichtlich 6 Millionen Dollar.“ („The Literary Digest, 1931“).

„Das Tempo macht uns niemand nach. In dem 58 Stod hohen Woolworth Building sind 14 000 Angestellte beschäftigt, die täglich 35 000mal telefonieren, 38 000mal Fahrstuhl fahren und 150 000 Poststücken empfangen. In den Schlachthäusern von Armour, Chicago, herrscht ein größeres Tempo. Dort werden stündlich 6000 Schweine geschlachtet. Vom Töten eines Rindes bis zum Aufhängen im Kühlraum vergehen nur 32 Minuten. Der Schlachtetford für Schafe beträgt heute 1000 Stüd pro Stunde. Die Fabrikationszeit vom ausgeladenen Eisenerz bis zum betriebsfertigen Fordwagen beträgt genau 52 Stunden. Wenn Ford alle Bänder laufen läßt, kann er alle 16 Sekunden einen Wagen abfahren lassen.“ („Facts about Armour and Company“).

Vermischtes

„Dienst am Kunden“ in der guten alten Zeit. Vor hundert und mehr Jahren war es für Banken ein schwieriges Problem, den für das Geldgeschäft unerlässlichen Bedingungen der Sicherheit und der Kontrolle zu genügen. Geldschränke kannte man damals noch nicht. In Sparkassen diente eine eisenbeschlagene Kiste, die nachts mit einer Kette an das Bett des Rentanten angehängt wurde, als Aufbewahrungsort für Bargeld und Wertpapiere. Und erst die Kassenzeiten! Noch um 1850 gab es Sparkassen, die nur einmal im halben Jahre Dienststunden hatten, solche, die vierteljährlich dem Publikum zur Verfügung standen, und solche mit einmaliger Öffnung im Monat. Am Ende des Jahres schlossen die Kassen mehrere Wochen, um die Spartenkonten zu erledigen, vor allem die Zinsen zu berechnen. Durchaus etwas Besonderes stellt zum Beispiel die Ankündigung der Sparkasse zu Freiburg i. B. von 1827 dar: „Die Kasse ist jeden Montag in der Woche von früh 9 bis 12 und nachmittags von 2 bis 4 Uhr in der Behausung des Herrn Junstmeyers Alois Schlosser offen.“

Imminenz

ROMAN VON KLOTHILDE VON STEGMANN-STEIN

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

15. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Ich habe Ihnen eine unangenehme Eröffnung zu machen, Frau Vernheim.“ Er sah an Edith Vernheim vor sich. „Habe eine telefonische Unterhaltung mit Herrn Rechtsanwalt Weltner gehabt. Er ist sehr empört darüber, daß Sie die wichtige Abschrift in der Patentstreitsache nicht pünktig gemacht haben. Er hat sich solchen Herrn Kanzlisten lange zum Diktat bestellt. Ich muß Ihnen leider mitteilen, daß Herr Rechtsanwalt Weltner auf Ihre weitere Tätigkeit hier bei uns im Büro verzichtet. Ein Zeugnis wird Ihnen morgen zugehen. Gehalt wird Ihnen bis zum Vierteljahresende ausgezahlt werden. Sie werden nur gebeten, mit dem heutigen Tage Ihre Tätigkeit hier zu beenden.“

Ein leiser Laut des Schreckens kam von Edith Vernheims Lippen. Schneebleich wurde das zarte, scheue Gesicht.

„Das kann doch nicht möglich sein!“ flüsterte sie. „Kann ich nicht wenigstens Herrn Rechtsanwalt sprechen, ihm erklären...“ Fliehend hob sie die Hände, und ohne daß sie es wollte, stürzten ihr die Tränen aus den Augen.

Assessor Stein räusperte sich:

„Ich bedaure, Ihnen da gar keine Hoffnung machen zu können. Rechtsanwalt Weltner sagte mir ausdrücklich, daß sein Entschluß unwiderruflich feststehe und daß er Sie nicht der Peinlichkeit aussetzen möchte, Ihnen das noch einmal direkt wiederholen zu müssen. Ueberdies fühlt er sich noch so angegriffen, daß derartige Unterredungen ihn nur unnötig erregen würden. Ich muß Sie also bitten, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Wir werden selbstverständlich nur gute Auskünfte über Sie geben, wenn sich irgendeine Firma nach Ihnen bei uns erkundigt.“

Er wandte sich seinen Akten zu, als wollte er diese Unterredung beenden. Edith Vernheim stand noch einen Augenblick mit schlaff herabhängenden Armen da — dann senkte sie den Kopf sehr tief und ging wortlos hinaus.

Der junge Assessor sah ihr mit einem mitleidigen Blick nach. Das war eine verurteilte unangenehme Aufgabe gewesen, die ihm der gute Weltner da aufgeschalt. Wie diese kleine zarte Frau ihn angesehen hatte, als er die Kündigung aussprach — dieser wehe Blick —, schön war das nicht gewesen. Was war auch nur in den sonst so gültigen, menschenfreundlichen Kollegen Weltner gefahren, daß er eine einzige Pflichtverletzung so streng ahndete?

Bisher hatte doch diese kleine Frau zu seiner vollsten Zufriedenheit gearbeitet. Man mußte sie doch nicht beim ersten Versehen so unbarmherzig davonjagen?

Aber er konnte es nicht ändern, sondern hatte nur den Auftrag des älteren und verehrten Kollegen auszuführen.

Sechszwanzigste Kapitel.

Mit blassem Gesicht war Edith Vernheim in das Büro zurückgekehrt.

Der Bürovorsteher, dem der junge Assessor von der Kündigung schon vor Edith Vernheims Kommen Mitteilung gemacht, sah die blass junge Frau mitleidig an:

„Es scheint Ihnen nicht wohl zu sein, Frau Vernheim“, meinte er lakonisch, in dem Bestreben, Ediths Kündigung vor den anderen Angestellten noch geheimzuhalten. „Gehen Sie doch heim und ruhen Sie sich aus. Wenn Sie krank sind, können Sie nicht arbeiten.“

Edith Vernheim sah den alten Beamten dankbar an; sie fühlte wohl, daß er ihr die Scham der Niederlage vor den neugierigen Augen der jüngeren Angestellten ersparen wollte.

„Mir ist wirklich sehr schlecht“, gab sie mühsam zur Antwort. „Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Bürovorsteher, wenn ich heute keinen Dienst zu tun brauche.“

Damit räumte sie ihre Sachen sorgfältig zusammen und packte ihr kleines Privateigentum, das sie hier hatte: ein paar Kleider, ihre Frühstücksdose, Wäschutensilien, in ihre Aktenmappe. Von den Schreibmaschinen her folgten ihr verstohlene Blicke.

Als sich Edith mit einem schüchternen Händedruck von dem Bürovorsteher und mit einem freundlichen Nicken von den anderen Angestellten verabschiedet hatte und hinausgegangen war, beugte sich eins der jungen Mädchen hinter der Maschine zu der Nachbarin:

„Werkte was, Lotte?“ flüsterte sie schadenfroh. „Die neue, die man uns so vorgezogen, hat ausgespielt. Heute hat sich der Rechtsanwalt den Lange wieder zum Diktat bestellt — und dann hat die Vernheim sich ja alle ihre Sachen zusammengepackt. Seit wann nimmt man denn alle seine Aktenmappen mit, wenn man krank ist und für ein paar Tage fehlt? Das kann man mir nicht weismachen. Da hat es was gefehlt! Die Vernheim kommt nicht mehr wieder, das ist klar.“

„Was haben Sie da zu schwätzen?“ rief der Bürovorsteher scharf aus dem Nebenzimmer. „Ich bitte mir aus, daß Sie arbeiten. Geschwätz kann in der Frühstückspause werden.“

Rechtsanwalt Weltner atmete auf, als ihm sein Sozius durchs Telefon von der erfolgten Kündigung Edith Vernheims Mitteilung machte. Er hatte gefürchtet, daß Edith sich nicht so ohne weiteres mit dieser Kündigung einverstanden erklären, daß sie zu ihm kommen, Erklärungen von ihm verlangen würde. Dann hätte er ihr den Grund nicht länger verheimlichen können.

Aber sie hatte die Kündigung hingenommen, sich nicht

verteidigt, sich nicht dagegen aufgelehnt. Wie groß mußte ihr Schuldbewußtsein doch sein! Ihre stumme Fügung in die fristlose Entlassung war das sicherste Eingeständnis ihrer Schuld. Der Traum war ausgeträumt — für immer.

Jetzt gab es nur noch Arbeit für ihn, die Arbeit und sein Kind! Schwer fiel es Robert Weltner auf die Seele, daß nun auch Ralph Edith Vernheim verloren. Wie rührend hatte sie es verstanden, das kleine einsame Herz für sich zu gewinnen, wie leidenschaftlich hing der Anabe an ihr! Weltner hatte immer behauptet, Kinder und Tiere wußten am besten, wie ein Mensch wirklich war. Hier aber schlen auch der Instinkt des Kindes versagt zu haben. An Edith Vernheim hatte er sich sofort vertrauensvoll angegeschlossen, obwohl deren Güte nichts anderes als Verstellung gewesen sein konnte.

Ein Mensch, der so raffiniert und schamlos sich erwieß, wie Edith Vernheim in der gestrigen Nacht, konnte unmöglich ein wahres Verständnis für eine reine Kinderseele haben. In wie hellem Licht erschien ihm dagegen Jna, die sich seit einiger Zeit so sichtlich mühte, seinem kleinen Sohn gerecht zu werden. Und gerade gegen Jna hatte sich der kleine Ralph so lange gestraubt.

Freilich — in der letzten Zeit schien es, als wäre der Kriegszustand zwischen Jna und Ralph gewichen. Wenigstens hatte Weltner jetzt, in den Tagen, in denen er krank lag, auf seine besorgte Frage von Jna immer nur gehört:

„Es geht Ralph gut; er ist artig und macht mir nur Freude.“

Das war das einzige Glück in allemummer. Vielleicht gelang es Jna doch, das Kind allmählich mehr und mehr an sich heranzuziehen. Dann würde es die geliebte Tante Edith allmählich vergessen.

Dennoch graute ihm vor dem Augenblick, in dem Ralph ihn mit seinen großen, sehnsüchtigen Kinderäugen fragen würde, wo Tante Edith geblieben.

Kanzlist Lange sah während des Schreibens besorgt auf die geschlossenen Augen und das blass Gesicht seines Chefs.

Weltner mußte doch viel fränkter sein, als er zugeben wollte. Plötzlich, mitten im Diktat, hatte er aufgehört und sich stumm zurückgelehnt.

Da öffnete Weltner wieder die Augen, fuhr sich mit der Hand über die Stirn, wie um etwas zu verschrecken, das quälend vor ihm stand, und sagte mit müder Stimme: „Lesen Sie mir den letzten Satz noch einmal vor. Ich habe ganz vergessen, was ich diktieren habe.“

Als nach einer Stunde der Arzt kam, fand er Rechtsanwalt Weltner sehr erschöpft vor. Jna, die den Arzt begleitet hatte, sagte mit leisen Vorwürfen:

„Ich muß mich über unseren Patienten beklagen, Herr Doktor. Trotz Ihrer Anordnung, sich ein paar Tage etwas Ruhe zu gönnen, arbeitet er fast wie ein Gesunder. Gestern Abend hatte er die Sekretärin zum Diktat, und heute frühzeitig wurde schon Herr Lange herbeigeholt.“

„Das geht auf keinen Fall!“ erklärte der Hausarzt energisch. „Wenn Sie so weitermachen, lieber Weltner, wird sich Ihre völlige Genesung länger als nötig in die Länge ziehen.“

Bei diesen Worten fühlte er den Puls des Patienten: „Das Herz ist außerordentlich nervös und übermüdet. Ich werde Sie noch einmal gründlich untersuchen. Aber jetzt schon kann ich Ihnen sagen, daß diese anstrengenden Diktate im Augenblick viel zu viel sind. Das müssen Sie einsehen.“

Weltner nickte:

„Ja, ich sehe es ein.“

Um nichts auf der Welt hätte er verraten mögen, daß es jenes Erlebnis der heutigen Nacht war, das ihn so tief getroffen hatte.

Am Vormittag fuhr Jna Hartwig wieder unter dem Vorwand, den kleinen Ralph von der Schule abholen zu wollen, eilig in die Stadt, um sich in dem gleichen Kaffeehaus, wie vor einiger Zeit, mit ihrem Vetter Fritz von Dublan und Gähling zu treffen.

Sie fand die beiden Herren schon wartend vor.

„Alles geht gut, gnädige Frau“, sagte Gähling mit einem langen Handfuß. „Wir haben alles in Händen, was wir brauchen. Ich habe heute früh schon mit Dublan das ganze Material durchgesehen. Jetzt handelt es sich nur noch darum, die entscheidenden Zeugen zu bearbeiten, die sich allerdings nicht hier aufhalten. Aber bis zur Verhandlung werden wir sie schon herumgeköpft haben.“

Fritz von Dublan sah verwundert in das Gesicht Jnas, das sorgenvoll und bedrückt blieb.

„Na, was hast du denn, Jna? Alles ist doch gut. Hast deine Sache sehr brav gemacht, das heißt“, fügte er großsprecherisch hinzu, „gemacht habe ich es eigentlich. Donnerwetter, der Augenblick, als die Wirkung des Schlafmittels nachließ, und die Vernheim aufzuwachen drohte — der Augenblick, in dem der gute Weltner wie ein Nachtgespenst in der Tür erschien — da ist mir doch das Herz stehengeblieben. Aber es gibt nur einen Lebensgrund: sich nicht verblüffen lassen! Und damit habe ich es auch geschafft.“

Aber als ich dann glücklich aus dem Hause war, haben mir tatsächlich die Knie gezittert. Doch es ist ja nun

vorbei. Wenn Weltner Punte gerochen hätte, wäre ja schon längst eine Explosion erfolgt. Also seien wir vergnügt und feiern heute Abend ein kleines Fest. Wie wäre es, Gähling? Ich habe schon lange keinen französischen Sekt getrunken.“

Gähling lachte:

„Darauf soll es mir nicht ankommen, wenn die gnädige Frau mit von der Partie ist.“

„Wo denkst du hin, Fritz? Wie kann ich denn jetzt abends ausgehen, solange Weltner krank ist? Was für einen Eindruck würde das machen? Damit könnte ich mir alles verderben. Wir müssen schon warten, bis alles in Ordnung ist.“

„Schade, Jna! Man muß die Feste feiern, wie sie fallen. — Aber ich füge mich natürlich deinem Wunsche.“

Gähling entnahm seiner Brieftasche einen ausgeschriebenen Scheck.

„Eine kleine Vorschusszahlung, gnädige Frau, damit Sie mehr Freude an dem Geschäft haben. Vielleicht können wir wieder einmal etwas zusammen machen.“

Er legte einen Scheck vor Jna hin, der auf 10 000 Mark lautete.

„Sie können das Geld heute schon abheben. Den anderen Teil der vereinbarten Summe erhalten Sie, so wie der Prozeß erledigt ist.“

Jna nahm mit einem leisen Dank das Papier entgegen. Merkwürdig, wenn man ihr vor acht Tagen gesagt hätte, daß sie unvermutet in den Besitz einer solchen Summe gelangen würde, sie wäre vor Freude außer sich gewesen, denn der Gedanke an alle die unerledigten Rechnungen und Mahnungen lag wie ein Alpdruck auf ihr. Heute aber vermochte sie sich über diese Rettungssumme nicht zu freuen. Es war alles zu glatt gegangen; sie konnte ein Gefühl der Angst nicht unterdrücken. Alles fügte sich ihren Wünschen zu gut. Auch die Rivallin, diese unangenehme Edith Vernheim, war ausgeschaltet. Es war, als ob das Schicksal ihr selbst alle Trümpfe in die Hand geben würde.

Und dennoch, die richtige Freude wollte nicht über sie kommen.

Nach kurzer Zeit trennte sie sich von den beiden Männern und wartete alsbald vor der Schule auf Ralph. Er kam, blaß und gedrückt, und ging auf seine Rederei der Kameraden ein, obgleich wieder gerade eine wilde Schlacht im Gange war. Sonst hätte er sich sofort mitten hinein-gestürzt.

Aber jetzt lag die Furcht, unartig zu sein und dadurch ein schreckliches Schicksal über den Vater und sich heraufzubeschwören, zentnerschwer auf der kleinen Seele.

Während er sich sonst immer versteckt hielt, wenn er abgeholt wurde, ging er jetzt schnurstracks auf Jna zu und ließ sich artig an der Hand nach Hause führen. Er wagte kein Wort zu fragen, wie es dem Vater ginge, denn er fürchtete immer, etwas Schreckliches zu hören.

So trottete er schweigend neben Jna Hartwig her. Die beobachtete ihn verstohlen von der Seite, und etwas wie abergläubische Furcht kam über sie, angesichts des so gänzlich veränderten Kindes.

Auch hier war ihr alles über Erwarten gelungen. Weltner würde staunen über Ralphs verändertes Wesen und seine unbedingte Fügsamkeit ihr gegenüber. Er würde nicht mehr daran zweifeln, daß sie es mindestens so gut verstand, mit dem Jungen umzugehen, wie Edith Vernheim.

Siebenundzwanzigste Kapitel.

Wierzehn Tage waren ins Land gegangen. Rechtsanwalt Weltner war von seinem Krankenlager aufgestanden. Aber er hatte sich noch nicht recht erholt. Immer noch sah er bleich und erschöpft aus. Ein heftiger Husten war zurückgeblieben, der ihm des Nachts den Schlaf raubte, und immer noch fühlte er sich des Abends von Fieberschauern gequält.

Aber mit eiserner Energie hielt er sich aufrecht. Er mußte die Endarbeiten für den großen Prozeß erledigen. Vorher konnte er sich keine Ruhe gönnen.

Als er das erste Mal wieder ins Büro kam und Ediths Platz verwaist sah, ging ein schneidender Schmerz durch seine Seele. Jetzt erst sah er, was er verloren. Mit aller Gewalt raffte er sich zusammen. Er wollte nicht mehr an Frau Vernheim denken.

Aber er konnte es nicht verhindern, daß seine Gedanken in jeder freien Minute ihr Bild heraufbeschworen. Immer sah er sie vor sich mit dem süßen, blassen Gesichtchen, den bängigen Augen, dem leidgezeichneten, mädchenhaften Munde. Es wollte ihn wie eine leise Neue überkommen, daß er sie fortgeschickt, ohne den Mut gefunden zu haben, ihr selbst den Grund der Kündigung mitzuteilen.

Vielleicht hätte sie doch ein Wort der Aufklärung gefunden, das ihr Verhalten in einem milden Licht hätte erscheinen lassen? Manchmal kam ihm der Gedanke, ob er sie nicht nur dann vergessen würde, wenn er an eine neue Heirat dachte? Für ihn selbst gab es ja kein Glück mehr nach der schweren Enttäuschung, die er an Edith Vernheim erlebte.

Doch er durfte nicht nur an sich, er mußte auch an Ralph, seinen Sohn, denken. Wie blaß und verstört war das Kind dem Vater zum ersten Male nach Weltners Krankheit entgegengesommen. Weltner schob es darauf, daß Ralph sich nach seiner Tante Edith bangte. Er hatte Jna gebeten, dem kleinen Ralph gegenüber einen Grund für das Fernbleiben Edith Vernheims zu finden.

Er ahnte nicht, daß Jna dem kleinen Ralph jede Frage nach Edith Vernheims Fernbleiben verboten hatte. Und Ralph, der seit Jnas Drohungen eine panische Furcht hatte, gegen irgendein Gebot zu verstoßen, hatte auch nicht gefragt. Als Weltner selbst eines Tages zu ihm sagte:

„Nun, mein kleiner Herr! — nicht wahr, du vermisst die Tante Edith nicht mehr, denn du hast wohl Tante Jna jetzt auch sehr lieb gewonnen?“ — da hatte Ralph nur leise genickt. Er hatte den Vater dabei nicht angesehen.

(Fortsetzung folgt.)